

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:

Bestelljahr 1,50 RM., monatlich 1,20 RM., frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pf. Postbezugs: Monatlich 1,50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen-Ungarn 2,- RM., für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an: Adressat, Postamt, Postfach, Kreuzband, Schließung und die Sonstigen Bedingungen in der Post-Versand-Bestellung.

Bestellung täglich.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste Nr. 10 des „Vorwärts“ zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste Nr. 10 des „Vorwärts“ zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste Nr. 10 des „Vorwärts“ zu finden.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 13. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bomben auf Paris und Neapel.

Kurland.

Der Landesrat trägt dem Deutschen Kaiser den Herzogshut an.

Am 8. März hat der kurländische Landesrat unter dem Vorsitz des deutschen Verwaltungschefs, Herrn v. Höpfer, auf Antrag des deutsch-baltischen Barons v. Nahden-Rathof unter Assistenz der deutsch-baltischen Barone Rantouff, Vietinghoff, Lieben, Grotthuß und des Fürsten v. Lieben einstimmig beschlossen, dem Deutschen Kaiser den kurländischen Herzogshut anzutragen. Der Landesrat wünscht einen möglichst engen Anschluß an das Deutsche Reich und den Abschluß von Konventionen betr. des Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Maß-, Münz- und Gerichtswesens, trifft also hier in wunderbarer harmonischer Weise mit den in Berlin gehegten Wünschen zusammen.

Zufällig waren auch zwei Vertreter Livlands und Estlands anwesend, die Herren v. Franke und v. Brebern. Der Landesrat gab in seiner Entschließung auch dem Wunsch Ausdruck, daß das ganze Baltikum dem Deutschen Reich angegliedert werden möge. Einige Herren erklärten, für den Antrag Nahden nur stimmen zu können unter dem Vorbehalt, daß alle drei Provinzen in das Deutsche Reich aufgehen würden.

Da Estland und Livland jenseits der Linie Riga hinter der Küste laut dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk nichts mehr zu sagen hat, dürften diese weitgehenden Wünsche nur durch einen neuen Krieg gegen Rußland zu befriedigen sein.

Einswillen ist aber zu überlegen, ob ein Eingehen auf den Antrag der baltischen Barone (denen allerdings jetzt zur Verschönerung ein paar Letten zugefügt sind) irgendwie in Einklang gebracht werden kann mit der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November, daß er das Selbstbestimmungsrecht achten werde. Das Selbstbestimmungsrecht kann nur durch eine Volksabstimmung oder durch eine demokratisch freigeählte Volksvertretung ausgeübt werden. Der kurländische Landesrat ist aber noch viel weniger eine Vertretung der Bevölkerung von Kurland als das preussische Dreiklassenhaus eine Vertretung des preussischen Volkes.

Die Aktion in Ostasien.

Ultimatum der Wladiwostoker Konsuln.

London, 12. März. (Reuter.) „Daily Chronicle“ erzählt aus Petersburg: Es ist die Nachricht eingetroffen, daß die Konsuln der Alliierten in Wladiwostok ein Ultimatum an die Lokalbehörden richteten, in dem sie die Wiederherstellung des vor der Herrschaft der Bolschewiki bestehenden Regierungssystems fordernten sowie den Schutz der Interessen der alliierten Länder gegen die Einmischung der lokalen Verwaltung verlangten.

Dieses Vorgehen der Wladiwostoker Konsuln der Alliierten, das den gestrigen gemeldeten Protest in Petersburg ergänzt, beleuchtet die Lage. Es ist nicht nur mehr ein bloßes Vorspiel des Angriffs, der zu erwarten ist, ist vielmehr als der Uebergang zum Angriff aufzufassen, der im Namen des Schutzes von bedrohten Interessen zur Eroberung schreitet. Und es geht hier wie überall: die Eroberer finden Sukkors in dem Lande, das ihre Gewaltpolitik für sich erforsen hat. Der Washingtoner Korrespondent der „New York World“ berichtet, daß es jetzt wohl sicher sei, daß starke japanische Streitkräfte nach Sibirien und der nördlichen Mandchurei geschickt werden. Vielleicht werde sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengestellt ist, die den Alliierten freundlich gesinnt sind und sich vor den Bolschewiki nach Japan und dem nördlichen Sibirien geflüchtet haben. Fürst Ywow, jetzt in Peking, werde wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesische Division zu kommandieren, die sich den Japanern anschließen wird.

Nach englischen Meldungen operieren Kosaken-Truppen im mandchurischen Osten unter Führung eines Generals Semenov an der sibirischen Bahn. Sie sollen sie bis zu der Karinskaja-Verbindung mit der Amur-Eisenbahn aufgeföhrt haben, mit bolschewistischen Truppen in Kampf geraten sein und sich wegen Mangel an Artillerie und Maschinengewehren zurückgezogen haben.

Der verpätet eingetroffene „Daily Chronicle“ vom 1. März enthält einen bemerkenswerten Artikel eines diplomatischen Korrespondenten, der nachdrücklich für den Wunsch Japans, im russischen Ostasien militärisch vorzugehen, eintritt. Der Korrespondent schreibt:

„Durch unseren Vertrag mit Japan ist letzteres der autorisierte Hüter des Rechts und der Ordnung im fernem Osten. Das ist sehr wichtig und gibt Japan das Recht zu handeln. Auch das Verbot von einer amerikanischen Teil-

Feuerkampf und Vorfeldgefechte zwischen Thy und Scarpe — Luftbomben auf Paris.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. März 1918. (N. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Thy und Scarpe, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfelde der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten.

Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schuß schwerer Kalibers.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 9. und 10. März auf Stuttgart, Ehlingen, Unterfärthheim und Rainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.

Leutnant Freyherr von Nichteusen errang seinen 27. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 12. März 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. März 1918. Amtlich wird verlautbart:

Keine Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 12. März. Amtlich. Marinestreitkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März Hafenanlagen und militärische Einrichtungen von Neapel, sowie die Eisenwerke von Bagnoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

nahme vermag die Bedeutung dieser Rolle nicht zu schmälern. Amerika hat an der Westfront genug zu tun, und jeder Versuch, Mannschaften, Munition und Lomage von diesem großen Ziele abzuwenden, muß verurteilt werden. Auch würde jede Teilnahme Amerikas in dem gewaltigen Unternehmen Japans von der japanischen öffentlichen Meinung ganz gewiß verurteilt werden als ein Zeichen des Mißtrauens in Japans Fähigkeit und sein Desinteressement.

Der Korrespondent rühmt sodann die Tüchtigkeit des japanischen Generalstabes und erklärt, daß die betroffenen Gebiete Sibiriens die neue Polizeiaufsicht Japans begrüßen würden. Wer sie begründen würde, darüber lassen die erwähnten neueren Meldungen keinen Zweifel.

Wichtig aber ist die Ansicht des Korrespondenten, die Amerika von der ostasiatischen Aktion einfach auszuschalten sucht, weil seine militärische Kraft in Europa gebunden sei. Daß die Dinge der Entente so einfach nicht liegen, hat inzwischen die Zurückhaltung Amerikas und seine zwar noch artig geformte, aber doch deutlich warnende Vermahnung an Japan, nicht zu weit zu gehen, erkennen lassen. Vielleicht hängt damit auch die jetzt zunächst gerüchtwaise auftretende Nachricht zusammen, Lloyd George habe die Absicht, nach Washington zu reisen und mündlich mit Wilson zu beraten.

Wilson an Rußland.

Washington, 11. März. (Reuter.) Wilson schickte an den amerikanischen Konsul in Moskau folgende Depesche:

Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets ergreifen, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblick auszusprechen, wo die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen sowie die Wünsche Deutschlands an Stelle der Ziele der Russen, Volkes zu setzen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbare wirksame Hilfe zu leisten, aber sie würde es wünschen, diese Hilfe zu erweisen. Ich möchte dem russischen Volke durch den Kongress die Gewissheit geben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede Gelegenheit benutzte wird, um Rußland noch einmal die vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten zu sichern und ihm wieder zu seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt im vollen Umfange zu verhelfen. Das Volk der Vereinigten Staaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Veruche des russischen Volkes teil, sich von jeder autokratischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Lebens zu werden.

Russenfriede und Reichstag.

Von Paul Kampffmeyer-München.

Genosse Friedrich Stampfer hat in der Parteipresse einen Artikel: „Der große Friede von Brest-Litowsk“ veröffentlicht, in dem er für die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu diesem Friedensschlusse eintritt. Darauf entgegnete ich ihm in der „Münchener Post“ (Nr. 54), daß diese Zustimmung den vollständigen Bruch mit der Friedenszielpolitik, die wir seit Kriegsbeginn in allen Fraktionsbeschlüssen und Parteifundgebungen bekräftigt hätten, bedeuten würde. Unsere Unterfütigung des Gewaltfriedens müßte die Grundlage des Verständigungsfriedens überhaupt erschüttern. Wenn wir noch am 28. Februar für den Verständigungsfrieden gesprochen hätten, dann könnten wir nicht 14 Tage später gegen ihn handeln. Volle Einheit zwischen Reden und Handeln sei ein notwendiges Gebot folgerichtiger politischer Führung.

Genosse Stampfer erwidert mir, daß die Frage der Zustimmung zum Brest-Litowsker Friedensvertrag eine taktische Frage sei. Es handle sich hier in erster Linie um eine „Vorausberechnung politischer Wirkungen“. Wir könnten nicht wünschen, daß der Sowjetkongreß den Frieden ablehnt und dadurch den Krieg verlängert, und daß ferner die Entente in ihr Kriegszielprogramm eine Revision des Ostfriedens einstellt. Die deutsche Sozialdemokratie solle die Völler Rußlands und die des Westens nicht in der Auffassung bestärken, daß der Krieg zur Beseitigung des Vertrages von Brest-Litowsk weiter fortgesetzt oder wieder aufgenommen werden müßte.

Genosse Stampfer sieht als „politische Wirkung“ unserer Friedensablehnung die Ermunterung der Russen und der Völler des Westens zu einer weiteren Fortsetzung des Krieges voraus. In diesem Punkte überschätzt er die politische Wirkung unserer Ablehnung. Die sicheren Köpfe des Sowjetkongresses würden höchstens zu einer Fortsetzung des Krieges raten können, wenn sich der Reichstag geschlossen gegen den Brest-Litowsker Friedensvertrag auslehnen würde. Dieser aber stimmt ja in seiner übergroßen Mehrheit dem deutsch-russischen Friedensvertrage zu. Die Führer der Sowjets wissen genau, daß die deutsche Sozialdemokratie an diesem Vertrage weder rütteln noch rühren kann. Eine Ablehnung des Vertrages durch die Sozialdemokratie kann nicht die Sowjets zu einer Wiederanfangung des Kriegsfeuers verleiten. Die wirklichen Machtverhältnisse im Deutschen Reich liegen heute klar vor den Augen aller Sehenden. Wir haben wohl eine Heeresleitung, aber keine Reichsleitung. In der äußeren Politik scheint die Heeresleitung jetzt völlig die „Reichsleitung“ zu übergipfeln.

Wenn die Russen den Frieden von Brest-Litowsk ablehnen wollten, so könnte sie höchstens der Gedanke dazu verleiten, durch einen Bandenkrieg deutsche Volkskräfte im Osten festeln und dadurch die deutsche Offensivkraft im Westen schwächen zu können. Aber selbst die phantastischen Bolschewiki blästen die militärische Lage im Osten nicht so weit verfehlen, daß sie aus hundert ablehnenden Reichstagsstimmen sofort die Hoffnung auf eine erfolgreiche russische Volkshebung schöpfen könnten!

Wir geben Stampfer völlig recht: es handelt sich in der Frage der Zustimmung zum Brest-Litowsker Frieden um eine taktische Frage, es dreht sich um eine „Vorausberechnung politischer Wirkungen“. Aber er täuscht sich gerade bei der Vorausberechnung dieser Wirkungen. Die zumungunsten des Friedensvertrages ausfallende Reichstagsabstimmung kann nimmermehr eine allgemeine russische Volkshebung auslösen lassen.

Was wir heute schon aus der Annahme des Brest-Litowsker Friedensvertrages vorausbestimmen können, ist, wie Stampfer selbst schon angedeutet hat, ein späterer russischer „Befreiungskrieg“. Und dann vor allem ein riesenhafte Betrüben und eine neue Ära der Expansion des Militarismus.

Genosse Stampfer befürchtet also aus unserer Ablehnung des Friedensvertrages eine Anfeuerung der russischen Kriegslust und doch verlangt er selbst die schärfste Kritik des Inhalts des Friedensvertrages bei unserem zustimmenden Votum. Kann diese Kritik nicht etwa auch zu einer „Fortsetzung“ des Krieges ermuntern? Und können das nicht schließlich alle unsere Reichstagsreden gegen den russischen Gewaltfrieden in Brest-Litowsk getan haben? Die Sozialdemokratie, die nach Stampfer im Reichstag aussprechen soll, daß sie mit dem Inhalt des Friedensvertrages nicht einverstanden ist und entschließt für eine Revidierung dieses Vertrages eintritt, erzielt unter Umständen durch ihre Kritik des Vertrages gar keine andere Wirkung auf die Russen als durch die Ablehnung des Vertrags. Daher soll sie offen sofort gegen den deutsch-russischen Vertrag stimmen. Ihr Votum für einen Gewaltfrieden könnte überdies die letzten Reste der international-sozialistischen Friedensbewegung,

die noch eifrig für einen Verständigungsfrieden kämpft, in Schutt und Trümmern begraben. Muß man das nicht auch als eine „politische Wirkung“ der sozialdemokratischen Zustimmung zum Prest-Litovsker Gewaltfrieden voraussehen?

Nachfrist der Redaktion. Uns sind aus Paris und London auch Zuschriften entgegengekommen, die wir aus Raumgründen einwickeln nicht abdrucken können. Der Aufsatz des Genossen Kampffacher verdankt den Vorzug, der ihm zuteil geworden ist, nur seiner erfreulichen Kürze. In jenen Zuschriften wird ausgeführt, daß man die Kritik am Duffenrieden, so berechtigt sie sei, doch nicht übertrieben dürfe, denn das Völkerkonglomerat Rußland sei doch sehr sozialistisches Ideal und darum nicht unantastbar.

Daß der abgeschlossene Frieden in scharfem Gegensatz zu dem Programm der Kriegspolitik steht, an dem die Sozialdemokratie stets festgehalten hat, wird von keiner Seite bestritten. Und so bleibt die schwierige Frage für die Fraktion bestehen, wie sie sich zu diesem Vertrag verhalten solle. Die Annahme kann als Billigung einer Politik aufgefaßt werden, die die Partei nicht billigt. Die Ablehnung hingegen könnte sehr leicht dahin mißdeutet werden, daß die Sozialdemokratie eine Umstößung dieses Vertrags durch Gewalt, also durch Fortsetzung des Krieges, für richtig halte. Die bisher geführte Diskussion hat aber vielmehr das Ziel, daß die Entscheidung der Fraktion, wie immer sie fällt, vor der Mißdeutung schützt, sie erkläre sich mit der Doppeltaktik der Regierung einverstanden, andernfalls sie wünsche die Umstößung des Vertrags durch fortgesetzten Krieg. Aufgabe der Fraktion selbst wird es sein, den Ausweg aus dieser nicht leichten Situation zu finden.

Chinesische Warnung an die Bolschewiki.

London, 12. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Nach dem Rückzug der Russen Semenovs auf eine Stellung in der Nähe einer mandschurischen Bahnstation richtete der chinesische Kommandant von Charbin an den Bolschewikführer die Warnung, daß jeder Einfall in das chinesische Gebiet als eine kriegerische Handlung betrachtet würde, da man von der Streitmacht Semenovs annehme, daß sie die russische Provinzialregierung vertrete, die von China anerkannt worden sei. Die Russen haben die Bolschewikführer von Blagoweschensk verhaftet und die Truppen der Bolschewiken entwaffnet.

Aus Schanghai meldet Reuters, daß die Bolschewikführer von Jilutsi an die chinesischen Behörden der Grenzstationen der Mandchurei die Versicherung telegraphiert hätten, daß sie keine nurendlichen Absichten gegen China hegen und daß sie nur den „Rebellen“ Semenov angriffen. Die Chinesen antworteten, die Beziehungen Chinas zu Rußland seien unbedenklich und sie seien nicht in der Lage, Semenov als Rebellen zu betrachten.

Fliegerangriffe gegen Paris und Neapel.

Paris, 12. März. (Davas.) Amtlich wird mitgeteilt: Ein feindlicher Fliegerangriff hat stattgefunden. Das Signal wurde um 9 Uhr 10 Minuten abends gegeben. Sieben Geschwader wurden gemeldet, die sich auf Paris zu bewegten. Um 10 Uhr 15 Minuten wurden an mehreren Punkten Bombenabwürfe festgestellt. Menschenverluste und Sachschäden wurden verursacht. Weitere Mitteilungen werden gemacht werden, sobald genauere Berichte eingehen.

Paris, 12. März. (Davas.) Amtliche Mitteilung. Der Alarm endete um 12,15 nachts. Nach den ersten Berichten war es etwa 60 feindlichen Fliegern gelungen, die Linien zu überfliegen. Dank dem Sprengfeuer der Artillerie, das während der ganzen Dauer des Angriffs mit großer Festigkeit unterhalten wurde, konnte eine gewisse Anzahl der Flugzeuge ihre Ziele nicht erreichen. Immerhin wurden zahlreiche Bomben sowohl auf Paris, wie auf die Banneville abgeworfen. Mehrere Gebäude wurden zerstört oder gingen Feuer. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Sie wird bekannt gegeben werden, sobald die Berichte eingegangen sein werden. Ein Gotha wurde 5 Kilometer von Chateaux Thierry brennend abgeschossen. Die Bekämpfung wurde gefordert genommen. Der Hauptmann, der das Flugzeug führte, gehörte dem 3. Geschwader der 7. Armee an.

Rom, 11. März. (Stefani.) In der letzten Nacht haben feindliche Flugzeuge gegen 1 Uhr die Stadt Neapel angegriffen und im ganzen etwa 20 Bomben geworfen, die fast alle das Innere der Stadt traf, ohne daß militärische Schäden angerichtet worden wäre. Unter der Zivilbevölkerung sind einige Opfer zu beklagen, darunter sieben Insassen des Schwesternhospitals Arco Mirali. Die Bevölkerung verhielt sich überall ruhig. Der Hilfsdienst be-währte sich.

Wegnahme der deutschen Hafenanlagen in Amerika.

Washington, 12. März. (Reuters.) Der Senat hat verabschiedet einen Zusatzantrag angenommen, der Wilson ermächtigt, die Docks und Hafenanlagen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-America-Linie zu übernehmen.

Kamenevs englische Erfahrungen.

Stockholm, 12. März. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Der aus England zurückgekehrte Kamenev erklärte einem Vertreter der „Politiken“, daß die Engländer sein ganzes Kuriergepäck weggenommen und ihm die Taschen ausleert. Der Fah nach Frankreich wurde trotz des Wissens der Petrograder Botschaft verweigert. Auf sein Verlangen nach einem offiziellen Dokument stellte ihm die englische Regierung die Kopie eines Briefes Cambons, des Unterstaatssekretärs im französischen auswärtigen Ministerium, zu, wonach Maximalisten in Frankreich nicht zugelassen werden dürfen.

Kamenev wußte auch auf den Besuch von Freunden verzichten, da die ersten russischen Besucher am Tage nach ihrem Besuch verhaftet wurden. Balfour lud ihn zum Frühstück ein, was Kamenev ablehnte, solange er als verdächtige Privatperson und nicht als offizieller russischer Vertreter behandelt werde.

Ein Gespräch mit Henderson brach Kamenev sofort ab wegen des provokierenden Tones, den Henderson ansetzte. Das Verhalten der englischen Regierung erklärt Kamenev mit der Angst vor Revolution. Tatsächlich ist die Stimmung beispielsweise in Manchester und besonders im Clydebezirk revolutionär; ein Ausbruch sei, wenn nicht früher, so nach Kriegsende zu erwarten.

Auf der Londoner Konferenz machte sich eine energische Opposition geltend. Die Vertreter der offiziellen italienischen Sozialisten, Modigliani und Schiavi, stimmten nach Ablehnung des Amendements für sofortigen Waffenstillstand gegen sämtliche Resolutionen.

Der Kampf gegen Clemenceau.

Bern, 12. März. „Progrès de Lyon“ meldet aus St. Etienne: Die Verbände der republikanischen Sozialisten, der Sozialistische Radikalen, die Vereinigung der Freidenker und die Liga für Menschenrechte haben sich zu einer Föderation der Linken zusammengeschlossen, die in ihrer ersten Tagesordnung energisch gegen die reaktionären Machenschaften in Frankreich protestiert.

Die Wahlen in Spanien.

Amsterdam, 12. März. Reuters meldet aus Madrid folgende Ergebnisse der Senatswahlen: 46 Demokraten, 16 Anhänger von Romanones, 16 Anhänger Albas, 6 unabhängige Liberale, 4 Konserervative, 7 Anhänger Clerbas, 8 Anhänger Mauras und 24 Angehörige anderer kleiner Parteien.

Kleine Kriegsnachrichten.

Generalfeldmarschall Hindenburg weilt, wie amtlich gemeldet wird, gestern zu Besprechungen in Berlin.

Passivistenverfolgung in Amerika. „Matin“ meldet aus New York: Der Schriftsteller William Robinson wurde wegen friedensfreundlicher Propaganda verhaftet. In einer kürzlich erschienenen Broschüre hatte Robinson verlangt, Amerika solle sofort Frieden schließen, da keine Aussicht vorhanden sei, daß es sich bei den Friedensverhandlungen gegen die Wünsche der Entente durchsetzen könne.

Die „Vergraulten und Verängstigten“.

Alldutsche Schutzgarde für Daimler.

Die „Deutsche Zeitung“, Hauptorgan der Alldutschen, ist anlässlich des Falles Daimler außer sich vor Wut. Worüber? Ueber die schamlose Vereinerlichung des hochpatriotischen Unternehmers mit dem Staat. — Behüte Gott, sie ist ja extra mit zwei Millionen Kriegsgewinnsgeldern ausgestattet worden zur Vertretung der alldemokratisch-industriellen Interessen. Also tobte sie gegen die Sozialdemokratie, die es gewagt hat, die Schande des Privatkapitalismus aufzudecken und an der Hand des Falles Daimler etwas in die dunklen Winkel und Ecken der kapitalistischen Moral hineinzuleuchten.

Kolkende Donner gehen dem Gewitter voran: „Vaterländische Pflicht“ — „dringende Warnung“ — „beunruhigende praktische Wirkungen“. Dann als erster Blig der gequälte Aufschrei einer in der schönsten Haussepekulation und andern heiligsten Gefühlen verletzten Zockerseele:

Wohin solles führen, wenn das noch 14 Tage oder drei Wochen länger dauert und die weitesten Kreise vergrault und verängstigt werden.

Und nun entläßt das Gewitter über den Häuptern der verruchten Roste und Genossen:

Die achte Kriegsanleihe steht vor der Tür! Und ausgerechnet wenige Tage vorher läßt die Regierung es zu, daß die Sozialdemokratie aus Vorgängen bei einem industriellen Werk, das immerhin einigen, mit Geld nicht aufzuwiegenden, Verdienst um unsere Stellung im Weltkampf hat, einen Skandal inszeniert... Man verfolge sich einmal klar zu machen, was geschehen kann, wenn der Fall Daimler in der sozialdemokratischen Art weiter ausgepöppelt und ausgeschlachtet wird, wie das in diesen Tagen bereits vielberühmt geschehen ist. Die praktischen Weiterungen dürften für unsere neue Kriegsanleihe katastrophal sein. Ob ein solches Ergebnis nicht ganz im Sinne der sozialdemokratischen Führer liegen würde, nachdem der jüngste „Generalstreik“ so kläglich Schiffbruch erlitten hat? Ob es nicht gleichfalls ganz im Sinne der rache-dürstenden sozialdemokratischen Heer wäre, wenn durch diesen Fall unsere innere Front eingeschlagen werden könnte?

Habt Ihr oben wirklich kein Ohr, zu hören die Klagen des Verängstigten? Rührt es Euch nicht, wie sich die Angst einer um den Profit gebrachten Wucherseele in den wahnwitzigsten und niederträchtigsten Denunziationen Luft macht? Doch der Ehrenmann der „Deutschen Zeitung“ appelliert nicht nur an die Regierung, er stößt auch mit verzweifeltstem Stöhnen in den Tiefen der sozialdemokratischen Seele, ob er nicht dort einen Nest ihm geistesverwandter kapitalistischer Interessenten sucht entdede:

Schon jetzt sind nach uns gewordenen Mitteilungen aus Anlaß der Aufschaukung des Daimlerfalles Voranmeldungen Privater auf die neue Kriegsanleihe zurückgezogen worden.

Werden die sozialdemokratischen Heber von derartigen Vorgängen in Willkürhaft gezogen, oder besitzen sie keine Kriegsanleihen, so daß sie auf Kosten ihrer Mitbürger sich solche Gewalttätigkeiten (!!!) ruhig erlauben können?

Ja wirklich, besitzen diese bösen Menschen keine Kriegsanleihen? Spekulieren sie nicht an der Börse? Denn ein Politiker, der Kriegsanleihen besitzt, — o kapitalistische Seelenfunde des idealistischen Alldemokraten! — kann doch unmöglich an der Enthüllung eines Skandals mitwirken, durch die möglicherweise der Kurs der Kriegsanleihe sinken könnte!

Doch hinter allem Behagejähre eine niedliche kleine Drohung: „Haut Du meinen Daimler, han ich Deine Kriegsanleihe.“ Eine kleine Erpressung, in die Watte schlecht-gemintert patriotischer Besorgnis gewickelt. So ähnlich sagte ja auch die Daimler-Direktion: Störst du meinen Profit, so schränke ich meinen Rotorenbau ein.“ Streikende Meereslieferanten, streikende Kriegsanleihezeichner, — mit welchem Recht haben sie doch über streikende Arbeiter zu Gericht gesessen!

Die Daimler-Gesellschaft erläßt eine längere Erklärung, in der sie ausführt, die Beschuldigungen gegen sie seien auf Angaben eines wegen Unzureichens entlassenen Beamten zurückzuführen. Die Preisrückstellungen seien nach Einzelheiten pro Pferdetrakt erfolgt und nicht nach den Kalkulationen der Direktion. Die Berechnungen, die der entlassene Beamte machte, seien auch nur Realkalkulationen gewesen, von einem Viermillionengewinn pro Monat könne keine Rede sein. Die Direktion habe auch nicht 50 Proz., sondern nur 10 Proz. Preisrückstellung verlangt, sie habe nie mit Einstellung des Betriebes gedroht, sondern nur angedeutet, daß eine eventuelle Aufhebung der unrationellen Nachschicht eines kleinen Teils der Belegschaft in Erwägung zu ziehen sei.“ Diese

Erklärung sei einige Tage später, noch vor den Reichstagsverhandlungen, zurückgenommen worden.

Des kind. kein Engel ist so rein! Das Karnickel aber, das angefangen hat, ist die Sozialdemokratie!

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Dienstag die Redner zu einer Reihe von Kapiteln des Etats. Zum Etat des neuen Wirtschaftsamt werden sprechen die Abg. Dr. Südekum, Hoch und Schumann. Beim Reichsamt des Innern wird Abg. geordneter Hasezahl die Unterabteilungen, Abg. Schulz-Erfurt die Fragen kultureller Art behandeln. Ueber die Novelle zum Schußgesetz Abg. Wendel, zum Postetat Abg. Zaubadel. Zu den Kriegskrediten sprechen für die Fraktion Abg. Roske, zum Belagerungszustand Abg. Bauer, Breslau, zur Zensur die abgeordneten Heine und Meerfeld.

Gestrecktes Dreiklassenwahlrecht.

Verlängerung der Legislaturperiode.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die mit dem 11. Juni 1918 ablaufende Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses um ein Jahr verlängert werden soll.

Der Entwurf wird mit Hurra angenommen werden. Bedeutet er doch für das Dreiklassenwahlrecht eine Galgenfrist, und auch Reineke Fuchs stand schon auf der Leiter — und wurde doch nicht gehängt. Kommt Zeit, kommt Rat, denken die Junfer.

Vier Monate Landsturmdienst nach dem Kriege!!?

Abg. Müller-Reinigen (Sp.) stellt folgende Anfrage: Ist es richtig, daß folgender Kommandantur-Befehl ergangen ist: Soltau, Hannover, 19. Februar 1918.

„Sämtliche auf den Geschäftszimmern der Kommandantur beschäftigten Militärpersonen, sofern sie dem Landsturm angehören, haben sich bis zum 22. Februar 1918 schriftlich zu erklären, ob sie mit ihrer Zurückhaltung im Dienst auf die Dauer von mindestens 4 Monaten von der Demobilisierung ab einverstanden sind. Die Erklärungen sind von den Abteilungsvorständen gesammelt zum 23. Februar Abteilung Ia einzureichen; Leute, die sich nicht einverstanden erklären, werden unverzüglich dem Frontdienst zugeführt und durch andere ersetzt.“

gez. Diemig, Generalmajor und Lagerkommandant. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um einen solchen ungewöhnlichen Druck auf Landsturmlaute zu beseitigen?

Oldenburg macht Schule.

Je mehr Rote fallen, desto besser! In seiner berückeligen Schlußrede im Bund der Landwirte hat Herr v. Oldenburg-Jaunshau u. a. auch seine Genugtuung darüber ausgesprochen, daß im Kriege die Roten Feuer auf den Feind belamen.

In einer konservativen Versammlung in Gardelegen führte ein gewisser Dr. Adler-Salzwebel diesen Gedankengang fort, indem er sagte, je mehr Rote im Kriege fielen, desto größer werde die Hoffnung, daß endlich einmal eine andere Gesinnung in die Welt komme.

Der konservativ Dr. Adler freut sich demnach über jede Kugel, die einen deutschen Soldaten trifft, wenn dieser Soldat ein Sozialdemokrat ist. Denn wenn alle Roten todesgefahren sind, dann wird die Gesinnung der Herrn v. Oldenburg-Jaunshau und Dr. Adler-Salzwebel in Deutschland triumphieren. Glückliches Deutschland!

Zensur und Reichsbekleidungsstelle.

Abg. Krähig (Soz.) hat folgende kleine Anfrage im Reichstoge gestellt:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß am 2. März 1918 folgende, die Kritik der Geschäftsführung der Reichsbekleidungsstelle unterbindende Zensurverfügung ergangen ist:

„Anschließend durch eine Korrespondenz ist in den Zeitungen eine Meldung über die beabsichtigte Altselbsterwirtschaftung der Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht worden, die zu erheblicher Beunruhigung geführt hat. Die Reichsbekleidungsstelle macht die Zeitungen auf die Zensurbestimmungen aufmerksam, wonach über Abgabe von Arbeiterleistung und Stoffen für die Bekleidungsindustrie und über Planungen der Reichsbekleidungsstelle im allgemeinen nichts veröffentlicht werden darf. Die Reichsbekleidungsstelle bittet die Zeitungen sich nach den Bestimmungen zu richten, welche (1) gezwungen ist, gegen alle Zeitungen, die unzulässige Veröffentlichungen bringen, einzuschreiten.“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, gegen diese Zensurverfügung, die gegen die von der Regierung abgegebene Erklärung verstößt, daß sich die Tätigkeit der Zensur auf militärische, die Kriegsführung betreffende Angelegenheiten beschränken soll?

Der Kammerherr der Kaiserin, v. Behr-Binnow, hat nach dem „N. Z.“ die Kriegerfrauen für 42 Pf. Sade machen lassen, sich aber dafür 80 Pf. vom Kriegsministerium bezahlen lassen. Seine G. m. b. H. hatte ein eingezahltes Kapital von 25 000 M. und „verdiente“ in neun Monaten vier Millionen sechshundert- unddreißigtausend Mark, wovon etwa die Hälfte als Steuer bezahlt wurde. Als die Sache ruhmbar wurde, erklärte der Kammerherr sich bereit, eine halbe Million Mark „Buße“ zu zahlen, worauf das Kriegsministerium einzugehen schien. Erst Widerspruch aus Reichstagskreisen führte zu einer anderen Wendung.

Michaelis wieder im Amt. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis ist zum Vizepräsidenten der Provinz Pommern ernannt worden. Öffentlich sagt er dafür, daß nun viel Ehbares aus Pommern nach Berlin kommt, dann ist er der allgemeinen Beliebtheit sicher.

Letzte Nachrichten.

Die Sowjets für den Frieden. Bern, 12. März. „Revue de Lyon“ meldet aus Moskau: Der Sowjet von Moskau habe die Ratifizierung des Friedensvertrages mit den Mittelmächten mit ungeheurer Mehrheit angenommen.

„Journal“ berichtet: Der Umstößung in Moskau sei auf die Ausföhrungen Lenin zurückzuführen, der in Moskau die Gründe auseinandersetzt, weshalb Rußland den Frieden annehmen müsse. Von 195 Sowjets hätten 110 auf dröhnliche Anfrage ein Wort für die Ratifizierung abgegeben.

London, 12. März. Reuters. Der Korrespondent der „Morning Post“ erfährt aus Petersburg: Ich höre, daß Moskau in den Händen der anarchoistischen Partei W, gegen die die Bolschewiki einen harten Kampf werden führen müssen. Es ist auch zweifelhaft, ob es den Peterburger Truppen gelingen wird, Moskau zu erreichen.

Niederbarnim vor der Entscheidung.

Die Schwäche der Unabhängigen

Ihre Haltung im Reichstag.

Kein Zweifel, daß die Bewegung der Unabhängigen ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Selbst in Berlin, einstmalig Ausgangspunkt und Zentrum ihrer Bewegung, verlieren sie schrittweise den Boden. Wenn sie bei den letzten Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse in einem Bezirk nur noch die Hälfte, in anderen gar nur noch ein Drittel der Stimmen für sich aufbrachten, wenn in einem proletarischen Vorort wie Kottbus selbst nicht mehr ein Drittel der Wähler für die Unabhängigen stimmten, so zeigt das eine Abkehr der Masse, die selbst dieser Partei zu denken geben sollte. Im Reich sieht es noch ganz anders aus, da gibt es große Distrikte und Provinzen mit regem Parteileben, in denen von den Unabhängigen gar keine oder so gut wie gar keine Rede ist. Ihre Macht beruht einzig in dem Besitz einiger großer Städte und auch dieser Besitz erweist sich als zweifelhaft, mehr als zweifelhaft.

Trotzdem, nach außen hin will man sich nichts merken lassen. Man sprengt Versammlungen. Man hat eine Anzahl zielbewusster und fanatisierter Anhänger, die von einer in die andere laufen, kräftig ihre Stimme erheben und so den Anschein einer „Volksstimmung“ erwecken. Aber gerade der Kandidat der Unabhängigen für Niederbarnim, Herr Dr. Breitscheid, wird wohl über diese Versammlungssiege wehmütig den Kopf schütteln. Er kennt ihren Wert aus langjähriger eigener Erfahrung. Wieviel solcher Versammlungssiege hat er nicht als Führer der „Demokratischen Vereinigung“ in Berlin, in Düsseldorf und anderwärts errungen. Aber am Wahltag zeigte sich die Reife: da gab noch nicht einmal ein Fünftel, noch nicht einmal ein Fünftel der Wähler die Stimme für Dr. Breitscheid ab. Es war Schein gewesen, die Kraftgeste statt der wirklichen Kraft.

Aber diese ganze Erscheinung ist nur die Folgewirkung einer ganz gleich gearteten sachlichen Politik. Auch die Politik der Unabhängigen, so geräuschvoll sie nach außen hin auftritt, ist bloße Geste, ist Tirade und Agitation. Die reise beherrschte Kraft, von der die sozialdemokratische Massenbewegung getragen wird, fehlt ihr. Das wissen die Unabhängigen selber nur gar zu gut: Daher ihre nervöse Gerechtigkeit, daher ihre neurasthenisches Deklamieren und Agitieren, mit dem sie sich und andere über das Gefühl der inneren Schwäche hinwegzutäuschen suchen.

Denn die Unabhängigen können sich selber nicht im unklaren sein, daß ihre ganze Politik im innersten Kern sich als wecklos und verfehlt herausgestellt hat und mit jedem Tage zweckloser wird. Als sie die Partei sprengten, da begingen sie eine in den Augen der Arbeiterklasse ungeheuerliche Tat, die sie nur rechtfertigen konnten durch ein außerordentliches Ergebnis dieses Schrittes. Das fühlten sie selber und deswegen versprachen sie als Frucht der Parteisplaltung ein Ziel, das selbst dieses Opfer wert erschienen wäre: den baldigen Frieden. Gätten sie diesen Erfolg nicht verheißten, so wäre ihnen nicht der hundertste Teil der Arbeiterklasse bei der Parteisprengung gefolgt.

Aber nun hatten sie ihr Loosmittel: die alte Partei, so sagten sie, sei schuld an der Kriegsverlängerung. Mache man sich von ihr los, verteidigere man die Kredite, dann würde man in den feindlichen Ländern überall eine Parallelbewegung in der Arbeiterschaft auslösen und der vereinte Wille der Arbeiterschaft würde dem Krieg ein Ende setzen. Erfahrene Parteiführer der Sozialdemokratie, die genug von der Arbeiterbewegung in England und Frankreich wußten, warnten vergeblich vor solchen Illusionen. Die Unabhängigen suchten mit ihrer Presse ihren Anhängern systematisch ein ganz falsches Bild von der Stimmung der Arbeiter drüben zu geben. Und da ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft naturgemäß keine eigene Anschauung von diesen Dingen hatte, so gelang anfangs die Täuschung.

Nun haben die Unabhängigen seit Jahr und Tag die gewünschte Handlungsfreiheit, aber keine der von ihnen prophezeiten Folgewirkungen hat sich geltend gemacht. Die englischen Arbeitervertreter bewilligen auch heute noch einstimmig ihrer Regierung die Kriegskredite, die den Unabhängigen gleichzustellende Opposition in der französischen Arbeiterbewegung ist noch immer nicht über die „drei Klenthaler“ hinausgewachsen und die italienische Sozialdemokratie, wegen ihrer Kreditablehnung von den Unabhängigen als leuchtendes Beispiel hingestellt, hat seit der Niederlage am Sonzo ihr Herz für die Landesverteidigung entbezt. Trotz der Bewegung der Unabhängigen haben die Entente-sozialisten gegen die Sabotierung der Stockholmer Konferenz durch ihre Regierungen nur mit einer lahmen Geste protestiert. Trotz der deutschen Unabhängigen hat die letzte Konferenz der Entente-sozialisten Beschlüsse gefaßt, die mit der geforderten Aufstellung Oesterreichs und der Türkei, mit der Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich dem Entente-Imperialismus vollen Vorschub leisten. In England herrscht mit Unterstützung der Arbeiterklasse ein Lloyd George, in Frankreich regiert Clemenceau, den selbst das Blatt der Unabhängigen einen „Kriegswüterich“ nennt, und wer in Frankreich überhaupt nur das Wort Verhandlung in den Mund nimmt, wer etwa wie Caillaux im Sinne von Erzberger oder Haushamm agitiert, kommt auf Leben und Tod vor das Kriegsgericht.

Der einzige Erfolg, der die Parteisplaltung hätte rechtfertigen können, ist also völlig ausgeblieben, aber auch völlig. Die Rechnung der Unabhängigen ist falsch gewesen. Nicht um ein Haar hat uns die Parteisplaltung dem Frieden nähergebracht.

Und so tritt, wie in der Agitation, so auch in der Politik der Unabhängigen die Kraftigste in den Vordergrund zur Verflechtung der Ohnmacht. Die Partei wagt sich im wildesten Ablehnungsstieber. Da man nicht radikal wirken kann, muß man sich radikal gebärden. Was kommt, wird abgelehnt, ob gut oder schlecht. Ist es gut, so ist es eben viel zu wenig. 1/2 Milliarden Steuerertrag im Jahre aus Kriegsgewinnen — viel zu wenig, wird abgelehnt. Lieber schenkt man Daimler und Konsorten 5/2 Milliarden, als daß man auf das Prinzip der ganzen Kriegsgewinnverteilung verzichtet. Die Verbesserung des Vereinsgesetzes, wonach die Gewerk-

sehr großen Teil aus sinnlosen und vom Zaune gebrochenen Votemitten, nicht etwa gegen die Partei der Rechten, sondern gegen die — Sozialdemokratie — Mehrings Rede zur Generaldebatte über den Etat bedeutete viel weniger eine kräftige Wahrnehmung der Arbeiterinteressen als vielmehr ein wehmütiges Geimmere über die diebischen Angelegenheiten der Post und der Eisenbahn. — Bei der für die weitesten Kreise der Bevölkerung so hochwichtigen Frage der Kartoffelversorgung meldeben sich die sogenannten „Unabhängigen“ überhaupt nicht zum Worte, sondern überließen die Vertretung der Volkinteressen ausschließlich unserem Genossen Braun. Ebenso war es bei der Erörterung des Justizetats — auch hier verhielt kein Unabhängiger das Bedürfnis, das Wort zu ergreifen. Und als unser Genosse Darnisch sich lasträftig eines durch Gerichtsamt schwer getroffenen Unabhängigen annahm, hörten ihn besten Parteigenossen, besonders Herr Adolf Hoffmann, fortwährend durch Zwischenrufe von ausgemachter Albernheit. — Bei der Beratung des Vergeltungsgesetzes hielt es gleichfalls kein Unabhängiger für notwendig, auch nur mit einem Wort für die Interessen der Grubenproletariat einzutreten. Sie überließen das unserem Genossen Hue. — Neuerdings beim Eisenbahnetat machte der unabhängige Herr Hofe zwar einige belanglose Bemerkungen zur Frage der Gütertarife, aber weder zu der für die breiten Massen des Volkes sehr viel drückenden Frage der ungeheuerlichen Erhöhung der Personentaxen noch zu der Lage der Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter meldebe sich ein Unabhängiger zum Worte. In beiden Fällen überließen sie freiwillig unserem Genossen Leinert das Feld. Und erst in dem Augenblick, als Leinert wegen seiner schändlichen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in einen klaren Konflikt mit dem Eisenbahnminister geriet, meldeben sich die Herren Adolf Hoffmann und Ströbel zum Worte, aber nicht etwa um Leinert beizuspringen, sondern nur, um ihm in der schändlichsten Weise in den Rücken zu fallen und einen sinnlosen Janz vom Zaune zu brechen, an dem die Arbeiterfeinde ihre reinste Freude hatten.

Wohlgemerkt: in keinem der genannten Fälle (und es ließen sich deren noch zahlreiche weitere anführen), in denen die „Unabhängigen“ nicht das Wort ergriffen, handelte es sich etwa um eine Rundloima Hung durch die reaktionäre Mehrheit — es war immer eine freiwillige Nichtwahrnehmung der Arbeiterinteressen.

Mögen die Wähler von Niederbarnim am morgigen Wahltag aus diesen unübersehbaren Tatsachen die gebotenen Folgerungen ziehen und Nam für Nam Rudolf Wissell ihre Stimme geben!

Aus dem Wahlkampf.

Breitscheids Versammlungssprengung.

Die Versammlung in Weihensee, die von den Unabhängigen gesprengt worden ist, nachdem ihr Kandidat eine halbe Stunde lang unter mühevoller Mühe unserer Genossen gesprochen hatte, verdient noch eine besondere Hervorhebung, weil in diesem Falle Herr Dr. Breitscheid persönlich die Verantwortung für das Auftreten seiner Anhänger trägt. Als während des Worttages von Wissell ein Teil der Unabhängigen gar zu viele Zwischenrufe machte, von deren geistiger Höhe das Wort zeugt, das erscholl, als Wissell für die Kriegsinvaliden sprach: „Ach was, den Kriegsbeschädigten geht es besser als uns!“ hielt Dr. Breitscheid seine Anhänger noch zurück. Ganz anders benahm er sich nach Schluß seiner eigenen Ausführungen, als Genosse Sellmann ihm erwidern wollte. Sellmann begann mit der Bitte, ihn ebenso ruhig anzuhören wie Breitscheid. Breitscheid habe sich über den „Wust von Verleumdungen“ beschwert, mit denen der Redner ihn verfolge. Er freute sich, seine Vorkürse, Tatsachen, Herrn Breitscheid ins Gesicht sagen zu können. Breitscheid hat im Laufe von 10 Jahren für vier Parteien öffentlich gewirkt. Dergelommen ist er von den Nationalliberalen, von der Redaktion des „Hamburger Korrespondenten“ und des „Hannoverschen Kuriers“. Dann hat er 1907 für die Freilinnige Vereinigung zum Reichstag kandidiert, 1912 für die Demokratische Vereinigung; für die Sozialdemokratie ist er Stadtverordneter geworden, und jetzt kandidiert er für die unabhängige Sozialdemokratie. — Die Versammlung hörte diese rein tatsächlichen Feststellungen ganz ruhig an; nur Breitscheid brüllte unaufhörlich dazwischen: Das ist unwahr, das ist Lüge, Schwindel. Jetzt sprang er auf, trat dicht vor den Redner und brüllte ihn, mit den Armen herumwinkend, an: „Sie lügen, Sie sind ein Verleumder!“ War diese kindische Theater-spielerei auf Einschüchterung berechnet, so verfehlte sie ihren Zweck. Der Redner erwiderte, daß jedes seiner Worte unaufrichtig wahr sei und forderte Herrn Breitscheid höchst energisch auf, sich auf seinen Platz zu setzen und den Mund zu halten. Das tat dieser denn auch, aber nun hatte er seine Anhänger so weit, daß sie ein wüdes ununterbrochenes Gedrüll anstimmten, bei dem kein Wort mehr zu verstehen war. Der Redner erklärte schließlich, die Unabhängigen täten ganz klug daran, ihn über Breitscheids Persönlichkeit nicht weiter reden zu lassen; denn täten sie es, so würde wohl am Donnerstag kein Wähler mit gutem Gewissen dem Namen seine Stimme geben können. Er wolle nun rein sachlich zu den politischen Fragen sprechen. Breitscheid habe sich als Anhänger der Landesverteidigung bekannt, der nur nicht jeder Regierung in jeder Lage Kriegskredite bewillige. Sein Wanderredner Dielegang hingegen wiederhole in jeder Versammlung, der Arbeiter habe kein Vaterland und Deutschlands Wohlergehen könne uns ganz gleichgültig sein. Diese Worte Dielegangs wurden von den Unabhängigen durch stürmischen Beifall unterstrichen und durch Zurufe bekräftigt. Herrn Breitscheid war das unangenehm, und er gab wieder das Signal zum Stundal, indem er sagte: „Sie verdrehen das! Sie wollen bloß nicht verstehen!“ Sellmann suchte dann darzulegen, daß der Gewaltfriede im Osten dadurch verhandelt sei, daß die Massen lieber mit den Verhandlungen gewartet hätten, bis sie widerstandslos waren, und wies auf den ungebrochenen Kriegswillen und die wilden Versammelterungsdrohungen der Clemen-

Morgen

ist Wahltag in Niederbarnim.

Jeder Parteigenosse, dem die Zeit es irgend erlaubt, hat die Pflicht, sich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Während unter den Arbeitern Bruderkampf herrscht, arbeiten die Bürgerlichen mit allen Kräften, um möglichst einen ihrer Kandidaten in die Stichwahl zu bringen.

Keine sozialdemokratische Stimme darf verloren gehen!

Wer aber für die Zersplitterung der Arbeiterstimmen wirkt, der wirkt, getollt oder ungewollt, für die Gegner der Arbeiterbewegung. Laßt Euch darum

keine Zersplitterungskandidatur

aufdrängen, sondern stimmt alle für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei:

Arbeitersekretär Rudolf Wissell.

schaften nicht mehr als politische Vereine behandelt werden dürfen, — viel zu wenig, wird abgelehnt. Es fehlte ja die Verechtigung des Sprachenparagrafen. Aber der wurde wenige Monate später beseitigt. Eine hohe Steuer auf den Gewinn laudender Erben, wie der Kriegstod sie massenweise schafft, — wir sind doch nicht dazu da, um dem Staat Gelder zu verschaffen, — wird abgelehnt. Der Reichstag faßt eine Friedensresolution, — aber die Unabhängigen haben an der Formulierung einiges anzusetzen, deshalb mit den Alldeutschen dagegen gestimmt und diesen der Triumph bereitet, daß sich mehr als hundert Stimmen im Reichstag gegen die Resolution zusammenfinden.

Man stimmt gegen all und jedes. Dös hat a Schneid! Eine Taktik, welche die Partei seit Jahren überwunden hatte, feiert in dieser Sekte fröhliche Urständ. Aber schließlich kommt der Massen doch zum Bewußtsein, daß zum unterschiedslosen Reinsagen keine besondere Prinzipienfestigkeit gehören. Der Stumpf-sinn des Ueberradikalismus tritt zutage. Und wenn man sieht, daß sich nichts auf der Welt ändert, auch wenn sich Ledebour und Haase durch konsequentes Eigenleben die Hosenbündel durchschneuern, so folgt die Ernüchterung, Freude an der Entwicklung haben höchstens einige Anarchos und Syndikalisten, die früher als Außensteter in der Arbeiterbewegung nicht werden konnten, jetzt aber in Wirklichkeit bei den Unabhängigen die Herrschaft haben. Wie oft mag Dr. Breitscheid, wenn er die anarchoistischen Ausbrüche seiner Wanderredner und Agitatoren mit anhören mußte, innerlich die Hände gerungen und geseufzt haben: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“

Aber in den Massen besteht doch heute ein deutliches Gefühl dafür, daß die Unabhängigen sie einen falschen Weg geführt haben. Nicht zum raschen Frieden haben die Unabhängigen ihre Massen gebracht, sondern zum Bruderkampf und den traurigen Parteisplaltungen, die der jüngste Streik mit Deutlichkeit enthüllt hat. Die Massen bestimmen sich, sie kehren um. Und was ein Augenblick der Verwirrung getrennt hatte, kehrt zurück zur Fahne der alten Partei.

Wirkt Dr. Rudolf Breitscheid, der durch viele Parteien Geleiste, als ein Symbol der nervösen Unrast, des aufs Agitatorische gestellten Charakters der Unabhängigen Partei, so repräsentiert sich in Rudolf Wissell, dem in dreijähriger Parteilarbeit Egraunten, dem warmherzigen unerschrockenen Sozialpolitiker und Anwalt Millionen Notleidender der stetige, aus sich heraus standfeste Charakter der alten sozialdemokratischen Partei, jener Charakter, zu dem die Arbeiter Vertrauen haben.

Wie die „Unabhängigen“ die Arbeiterinteressen vertreten.

Ihre „Arbeit“ im preussischen Landtag.

Nicht nach ihren schönen Redensarten und Versprechungen darf man die Unabhängigen beurteilen, sondern ausschließlich nach ihren parlamentarischen und außerparlamentarischen Taten. Wie sie im Lande draußen durch Sprengung von Friedendversammlungen und durch Sprengung solcher Versammlungen, die ausschließlich dem Kampfe für eine bessere Lebensmittelversorgung dienen sollten, die Sache der schlimmsten Arbeiterfeinde schematisch gefördert haben, ist allgemein bekannt. Ebenso ihre Ablehnung der Friedensresolution im Reichstage, ihr Sturm auf gegen die allein die Wohlhabensten belastenden Kriegsgewinnsteuer usw. Viel weniger hat die Oeffentlichkeit leider das Treiben der Unabhängigen im preussischen Abgeordnetenhaus verfolgt. Und doch kann man hier die ganze Arbeiterfeindschaft der „unabhängigen“ Politik geradezu in Reinkultur studieren.

Wie war es in den letzten paar Monaten im Dreiklassenhaus? Schon die wiederholten Reden des Herrn Ströbel bei der ersten Lesung der Wahlreformvorlagen bestanden zu einem

Wählt Arbeitersekretär Rudolf Wissell!

cau und Mohd George hin, wurde aber fortwährend unterbrochen. Schließlich wandte sich Heilmann an Dr. Breitscheid und fragte ihn: Ist das Ihre Auffassung von Medefreiheit? In das Ihre demokratische Empfinden? Wenn Sie jetzt nicht Ihre Anhänger auffordern, endlich still zu sein, übernehmen Sie die volle persönliche Verantwortung für diese Ständemacherei und Versammlungszwangung. Als Antwort brüllte Breitscheid, daß sei bewußte Verdröhnung und Schwindel. Natürlich lärmten seine Anhänger umso lauter, und der Vorsitzende, der schon zuvor, um die polizeiliche Auflösung der Versammlung zu vermeiden, sie zeitweilig vertagt hatte, konnte nur noch an die Breitscheid-Garde die Frage richten, ob sie den Redner ruhig anhören wolle, und als darauf neues Geklärr antwortete, die Versammlung schloß.

Der Terrorismus der Unabhängigen, die plannmäßig die hordenhaften Saalreden befehligen, hatte „gefezt“. Aber damit schafften sie nicht aus der Welt, daß auch in dieser von ihnen gut vorbereiteten Versammlung die große Mehrheit der Anwesenden auf Seiten der alten Partei stand. Denn als Dr. Breitscheid sich über die Geschäftsführung des Vorsitzenden beschwerte und eine Abstimmung darüber verlangte, trat die Versammlung mit Zweidrittel-Mehrheit den Vorschlägen des Vorsitzenden bei. Bei der Abstimmung konnten die Unabhängigen eben nicht durch die Kraft ihrer Zungen erliegen, was ihnen an guten Gründen und an Zahl der Anhänger fehlt. Mit ihrem Auftreten in dieser Versammlung werden sie schwerlich neue gewonnen haben.

Oberschnitzweide. Die am Sonntag vom Wahlverein einberufenen Wählerberatungen erfreuten sich eines sehr guten Besuchs. Referenten waren die Genossen Rolfenbuhr und Groger. In längeren Ausführungen entwickelten die beiden Redner die Grundzüge der alten sozialdemokratischen Partei und die Richtlinien der Politik vom 4. August 1914 bis zum heutigen Tage. Beide Referenten stellten Verhältnisse an zwischen Dr. Breitscheid und unjüdischen Genossen Wiffel, welcher seit mehr als drei Jahrzehnten treu zur Arbeiterschaft und zur Sache des Volkes gehalten hat. Sie forderten die Anwesenden auf, am 14. März geschlossen für den Arbeiterfreier Rudolf Wiffel zu stimmen. Trotzdem Anhänger der Unabhängigen zur Stelle waren, nahm keiner Bezugnahme in der Diskussion zu sprechen. Der Verlauf der Beratungen war ein ruhiger und gibt zu den besten Hoffnungen Veranlassung.

Versäße. Ein unabhängiger Agitator für Wiffel. Eine Wählerberatungen der unabhängigen Sozialdemokraten fand am Sonntag in Herzfelde statt. Nur 23 Personen waren der Einladung gefolgt. Der Referent Lauckant lobte zunächst die Konfessionen und die Nationalliberalen als ehrliche Politiker, während die Freisinnigen schon weniger ehrlich und die Regierungssozialisten am unehrlichsten seien. Die Sozialdemokratische Partei gehe mit den bürgerlichen Parteien und den Kapitalisten Hand in Hand und sei mit seinen Fortschritten zufrieden, während die Unabhängigen auf dem Standpunkt der Katastrophentheorie stehen mit Revolution, Massenstreik usw. Die Macht des Kapitals sei ungeheuer gewachsen und die Gewerkschaften könnten keine Kämpfe mehr führen. Die Regierungssozialisten treten für alle Annexionen ein, für den russischen Gewaltfrieden usw. In der Diskussion trat Genosse Krüger dem Referenten in längeren Ausführungen entgegen. Der Referent habe zwar die Ziele der anderen Parteien kritisiert, habe aber mit keinem Wort gesagt, was nun eigentlich seine Partei wolle. Er begründete dann die Kritik der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges und kennzeichnete deren Erfolge. Die Partei habe das sozialistische Endziel nicht aus den Augen verloren, aber solange sie bestehe, sei sie auch für Teilschritte eingetreten, um den Befreiungskampf der Arbeiter zu erleichtern. Die Macht des Kapitals wird sicherlich nicht geschwächt durch die Ablehnung der Kriegsgewinnsteuer und die Bereinigung von Partei und Gewerkschaften durch die Unabhängigen. Diese Ausführungen wurden von der Versammlung mit Zustimmung aufgenommen. In seinem Schlusswort machte Herr Lauckant noch einen verweifelten Versuch, die Jüdischer in das unabhängige Schwabacher zu leiten, indem er seine ersten Behauptungen in noch härteren Ausdrücken und in noch größerem Widerspruch zur Wahrheit wiederholte. U. a. sagte er, bei der Firma Goerg seien 14 Dreher auf Grund des Hilfsdienstgesetzes militärisch eingezogen und müßten für Soldatenlöhne arbeiten. Das hätten die Arbeiter den Gewerkschaftsführern zu verdanken. Genosse Krüger kennzeichnete dies durch einen Wippenkopf sofort als Schwindel, da das Hilfsdienstgesetz mit militärischen Einberufungen nichts zu tun habe. Durch die sich daran anschließende Auseinandersetzung über verächtliche Fragen geriet Herr Lauckant so aus dem Gleichgewicht, daß er zum Schluss unter der Heiterkeit der Versammlung zur Wahl Rudolf Wiffels aufforderte.

Siehe auch Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Groß-Berlin

Möbelbeschaffung.

Die Fürsorge für die Beschaffung solider und preiswerter Möbel bildet den Gegenstand längerer Beratungen im Ausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Es wurde u. a. mitgeteilt, daß schon infolge zahlreicher dringender Gesuche eine Werkstatt auf dem südlichen Viehgieß von der städtischen Tischlerwerkstatt eingerichtet worden ist, in der Kriegsbeschädigte mit der Ausbesserung und Aufarbeitung von aus Nachlässen usw. herrührendem altem Hausrat beschäftigt sind. Der Magistrat ist bemüht, solche Nachlässe zu erwerben und zu bewerten. Dadurch ist es möglich, Schränke, Bettstellen, Tische, Stühle an unbemittelte Verbraucher zu Preisen abzugeben, die wesentlich geringer sind, als die sonst geforderten. Das Kriegsministerium ist erwidert worden, daß beim Friedensschluß in den Stuppen, Lazaretten usw. freiverwendeten Möbel der Stadt zu mäßigen Preisen zu überlassen. Auch die städtischen Verwaltungen wurden veranlaßt, alle überflüssigen Stücke zur Verfügung zu stellen. Ferner sollen zunächst 500 neue Wohnungseinrichtungen bestehend aus Wohn- und Schlafzimmer- bzw. Küchenmöbel beschafft werden und zwar durch Vergabung von Lieferungen unmittelbar an die Hersteller solcher Sachen. Daneben werden noch Einzelmöbel, Nachttische, Betten, Sofas usw. angefertigt. In der Kommandantenstraße 81 sollen Musterzimmer als Verkaufsobjekte eingerichtet werden. Diese Einrichtung wird Berliner, vorzugsweise Kriegsbeschädigten zugute kommen. Der Verkäufer muß ein Drittel des Preises anzahlen. Der Rest wird gestundet. Der Ausschuss stimmte diesen Ausführungen einstimmig zu und wird der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von vorläufig 600 000 Mark zu diesem Zweck empfohlen und für die Bewilligung weiterer Mittel eintreten.

Weniger Bezugscheine für Wäsche.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbelleidungsstelle dürfen künftig Bezugscheine regelmäßig nur auf Leibwäsche (einschließlich Männerpflanzwäsche) oder Bettwäsche, Säuglingswäsche oder Bekleidung, Tischtücher, Festschürzen, Tisch- oder Schenkerbücher ausgestellt werden. Die Antragsteller sind darauf hinzuweisen, daß Wäsche aus reinem Papiergewebe ohne Bezugscheine erhältlich ist. Für sonstige Wäsche darf ein Bezugschein nur ausgestellt werden, wenn sie in erheblichem Maße im Gebrauch durch besonders schwer zu entfernende Stoffe (Fett, Blut, Anfruchtungsstoffe usw.) verunreinigt worden sind.

Tisch-, Hand- und Badetücher gibt es also nur noch, wenn Wäsche dieser Art durch Fleck unbrauchbar geworden ist.

Die Versorgung der Zinsassen von Krankenhäusern.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Entgegen irrigen Auffassungen sei darauf hingewiesen, daß von auswärts eingelieferte Zinsassen von Krankenhäusern nicht von ihrem Bohnsitz mit Reisbrotmarmen und Lebensmittelformen zu versehen, sondern vom Kommunalverband des Anstaltsortes zu versorgen sind. Eine Ausnahme gilt nur für die Brotzulage, die den in Lungensekretionsfällen überwiegenen Schwerekranken zugebilligt ist; sie muß vom Betriebsort aus durch Reisbrotmarmen bewirkt werden, weil nur die dort zuständige Versorgungsstelle die Anerkennung der Schwerekranken nachprüfen vermag.

Räseverteilung. Vom Donnerstag, den 14., bis Mittwoch, den 20. März, wird in den Werkstätten der Velle-Allianzstraße gelegenen Bezirken der 18. und 10. Brotkommission je 125 Gramm pommerscher Weichkäse verteilt.

Verchiebungen in der Verbandsversammlung Groß-Berlin.

Der Verbandsausschuss hat die im Zweiverbandsgesetz vorgesehene Reuefeststellung der auf die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände entfallenden Mitgliederzahlen nach dem Ergebnis der Personenstandsaufnahme von 1916 vorgenommen. Danach ist eine Veränderung gegen früher insofern eingetreten, als der Stadt Charlottenburg und dem Kreise Niederbarnim je eine Stimme weniger, den Gemeinden Lichtenberg und Steglitz je eine Stimme mehr zukommt. Charlottenburg und Niederbarnim werden also vom 1. April d. J. ab in der Verbandsversammlung Groß-Berlin nicht je 9, sondern je 8 Vertreter haben, während sich die Zahl der Lichtenberger Stimmen von 4 auf 5 und die der Steglitzer Vertreter von 2 auf 3 erhöht.

Neuer Auszahlungsmodus für Militärpensionen, -Renten usw.

Vom 1. April an werden die auf Grund der Militärversorgungsgesetze zahlbaren Pensionen usw. für Offiziere und Beamte, Invalidenpensionen und Militärrenten usw. sowie Hinterbliebenengeldernisse, ferner die von Militärbehörden an solche Empfänger bewilligten Unterstützungen, Zulagen, Beihilfen usw. — nicht aber Marine- und Schutztruppengeldernisse usw. — durch die für den Wohnort des Empfängers zuständige Postanstalt gezahlt. Die fortlaufende zahlbaren Geldernisse werden von diesem Zeitpunkt an bereits am 20., oder, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, am 28. des der Fälligkeit der Geldernisse vorhergehenden Monats gezahlt. Die Auszahlung der Beträge erfolgt bei den Postanstalten an den hierfür eingerichteten Zahlstellen. Die pünktliche Abhebung der Geldernisse an den Zahlstellen ist dringend notwendig. Empfänger, die ihre Geldernisse nicht persönlich abholen wollen, sondern im Giro- oder Postwege zu erhalten wünschen, haben dies gelegentlich der Abholung der Beträge bei der zuständigen Postanstalt zu beantragen. Dies gilt auch für diejenigen Empfänger, die zurzeit ihre Geldernisse bereits im Girowege oder im Postcheckwege erhalten.

Die Betreffenden erhalten von der zuständigen Behörde noch eine besondere Benachrichtigung über das veränderte Zahlungsvorgehen. Wenn eine solche Benachrichtigung nicht zugeht, erhält dagegen keine Geldernisse in der bisherigen Weise, zu dem bisherigen Zeitpunkt und aus der bisherigen Kasse weiter.

Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre — nach der Verordnung des Bundesrats — am 15. April morgens 2 Uhr nach der gegenwärtigen Zeitrechnung und endet am 16. September morgens 3 Uhr, im Sinne der Verordnung. Die öffentlich angebrachten Uhren sind am 15. April morgens 2 Uhr, auf 3 Uhr vorzurufen, am 16. September morgens 3 Uhr, im Sinne der Verordnung auf 2 Uhr zurückzustellen. Von dem am 16. September doppelt erscheinenden Stunde von 2 bis 3 Uhr morgens wird die erste Stunde als 2 A, 2 A 1 Minute usw. bis 2 A 59 Minuten, die zweite als 2 B, 2 B 1 Minute usw. bis 2 B 59 Minuten bezeichnet.

Die zunehmende Unruhe in Groß-Berlin hat das Oberkommando veranlaßt, während der Nacht einen militärischen Patrouillengang einzurichten.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 14 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 200 Gramm Feigwaren, und zwar 100 Gramm Auszug und 100 Gramm Wasserwaren, abgegeben. Die Ablieferung der Anmeldeabschnitte bei den Händlern hat bis einschließlich 18. d. M. zu erfolgen. Der Verkauf beginnt am Sonntag, Verkaufspreis für Auszugwaren 86 Pf. und für Wasserwaren 62 Pf. für ein Pfund.

Röntgenstrahl-Referent. Gemeindevorwahlergebnis. Bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindevorwahlergebnissen sind unsere Genossen in der 2. und 3. Abteilung gewählt. In der 2. Abteilung erhielt Genosse Moritz Müller von 28 abgegebenen Stimmen 18 und in der 3. Abteilung wurden 46 Stimmen abgegeben, wovon unser Genosse Franz Schulz 45 Stimmen erhielt. Ein Gegenkandidat war hier nicht aufgestellt.

Romaved. Die Ausgabe neuer Fleisch-, Kartoffel- und Brotkarten findet am 14. und 15. d. M., 8—11 Uhr, in den besetzten Ausgabestellen statt. Die Karten sind von den Hauseigentümern bzw. deren Stellvertreter in Empfang zu nehmen und ungeöffnet an die einzelnen Haushaltungsvorstände zu verteilen. Diese sind wiederum verpflichtet, die Karten auf Verlangen den selbständigen Haushaltungangehörigen auszuhandigen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Zum Wahlkampf in Niederbarnim.

Die Parteigenossen und Genossinnen Groß-Berlins, die ihre Adresse zur Beteiligung an der Wahlhilfe dem Zentralwahlkomitee noch nicht angegeben haben und auch all jene, die keine besondere schriftliche Benachrichtigung erhalten, wollen sich zur Wahlarbeit in Lichtenberg am Donnerstag, vormittags um 9 Uhr, im Lokal von Spigig, Frankfurter Allee 88, Ecke Kronprinzenstraße, einfinden.

Die mit der Uebermittlung des Wahlergebnisses betrauten Genossen wollen das Ergebnis der Wahl sofort nach Feststellung im Wahllokal dem Zentralbureau, Lindenstr. 3, unter den Telefonnummern Moritzplatz 364, 101 70 und 151 90—151 97 mitteilen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr, im Brauereiausgang: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. David: Warum wir Wiffel wählen. Alle „Vorwärts“-Leser, Männer und Frauen müssen zur Stelle sein.

Karlshorst. Alle Genossinnen und Genossen, die am Wahltag zur Wahlhilfe bereit sind, treffen sich morgens um 9 Uhr in unserem Wahlbureau Restaurant Poser, Dönhofsstr. 8. Diejenigen, die sich erst im Laufe des Tages zur Verfügung stellen können, bitten wir, sich gleichfalls dort zu melden. Abends um 8 Uhr: Bekanntgabe des Wahlergebnisses bei Poser.

Reinickendorf-Dr. Das Zentralwahlbureau befindet sich morgen bei Döschner, Neßbudenstr. 50. (Telephon Amt Reinickendorf Nr. 3335.) Genossen und Genossinnen, die sich zur Wahlhilfe zur Verfügung stellen (auch diejenigen, welche nur stundenweise am Vor- oder Nachmittag frei sind), melden sich von vormittags 9 Uhr ab im obigen Wahllokal. Die Verkündigung des Wahlergebnisses erfolgt abends im selben Lokal.

Mariendorf. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Hoch, Chausseestraße 44. Tagesordnung: Stellungnahme zur Gemeindevorwahlerwahl. Gefinnungsfreunde und „Vorwärts“-Leser werden um ihr Erscheinen dringend gebeten.

Wilmersdorf. In den „Brachpflügen des Westens“ sprach Montag abend Genosse Dr. Oswald-Frankfurt a. M. über das „freie Wahlrecht“. Der Referent schilderte in anschaulicher Weise die Verhältnisse, die sich inner- und außerhalb des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht entgegenstellen. Besonders hob er hervor, daß die Einführung desselben für Staat wie für Gemeinde gleich notwendig sei. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Nach den schweren Kriegserfahrungen ist im preussischen Volke nicht bloß das dringende Bedürfnis lebendig nach einer Umgestaltung der staatlichen Verfassung mit der Grundlage des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, sondern auch das Bedürfnis nach einer Reform der städtischen und ländlichen Gemeindeverfassung.“

Diese muß sich vor allem richten auf die Einführung des freien Wahlrechts für alle großjährigen Reichsangehörigen, die seit höchstens einem Jahre in der Gemeinde wohnen, auf die Befreiung des Hausbesitzerprivilegs, auf die Aufhebung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindeorgane und auf die Befreiung des staatlichen Oberrichts- und Aufsichtrechts, das nur umfassen darf die Ansetzung ungeschlichteter Verwaltungsakte der Gemeinden. Erst in der Ausdehnung der Verfassungsreform auf Staat u. n. d. Gemeinde liegt die Gewähr für eine volle Befriedigung des Volksbedürfnisses auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete.

Die Versammlung fordert die preussischen Volksgenossen aller Orte auf, jene Ausdehnung durch Anträge in den Gemeindevorwaltungen zu fördern und zu unterstützen.“

Briefkasten der Redaktion.

Die brieflichen Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß briefliche Antworten nicht erstellt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Chiffre erfolgen.

G. B. 134. Steigerung der Miete kann deswegen nicht eintreten, wohl aber kann Ihnen die Herabsetzung wegen unläuterer Wettbewerbsverhältnisse werden. — **B. K. 7.** Die Strafe wird vom Amtsrichter nicht betroffen. — **A. K. 1.** Reim. 2. Der Frau müssen die notwendigen Sachen zum Lebensunterhalt verbleiben 3. Reim. 4. Reim. 5. Reim. 6. Reim. 7. Reim. — **G. K. 99.** Ein solches Gesuch können Sie durch das Bataillon an das Veterinär-Korps richten. — **T. 109.** Das allein ist noch kein Grund für die Unterstufung. Wenn ausreichender Verdienst bei der Frau vorhanden ist, kann die Unterstufung auch dann abgelehnt werden.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Süddeutschen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 3. Klasse 1. Ziehungstag 12. März 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zehn- und eine auf die Hundertstel-Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr u. St. u. f. B.)		(Nachdruck verboten)	
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 144 Ml.			
Gezogen:	2 Gewinne zu 10 000 Ml.	218496	
	2 Gewinne zu 5000 Ml.	182946	
	4 Gewinne zu 3000 Ml.	84663 188632	
	12 Gewinne zu 1000 Ml.	23337 42234 66974 124873	
	162373	215177	
	12 Gewinne zu 500 Ml.	78005 136017 146634 168557	
	177980	216877	
	24 Gewinne zu 400 Ml.	1727 8948 18268 44262 78857	
	77388	96058 125038 162831 193755 194351 221722	
	80 Gewinne zu 300 Ml.	14073 18504 21026 21090 21195	
	21284	24153 31551 33333 35371 41385 47281 50188 70093	
	73639	78412 84029 89286 92773 92993 93834 97862 100569	
	101297	104134 106896 118287 131183 153813 156895 157707	
	167207	171947 173000 178297 191026 194483 195388 214724	
	222887		

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 144 Ml.			
Gezogen:	2 Gewinne zu 30 000 Ml.	68115	
	4 Gewinne zu 1000 Ml.	107269 144252	
	16 Gewinne zu 500 Ml.	2500 36469 71267 83405 94790	
	157579	167857 215784	
	30 Gewinne zu 400 Ml.	1658 3224 32027 32084 40871	
	62967	77986 115168 122143 135560 152746 156377 159962	
	193359	208423	
	62 Gewinne zu 300 Ml.	4820 7834 12926 14241 30714	
	36470	42574 52479 55436 73701 75043 78638 88329 91048	
	100940	108389 108660 113380 114784 132676 143608 145098	
	149540	153412 171150 195321 208957 214537 216833 220660	
	222767		

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 30. d. M., bleiben die Büreaus und Kassen der Reichshauptbank nachmittags geschlossen. [25972]

Reichsbank-Direktorium.

Habenstein. Zäuberer.

Kaufmännische Schulen

der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

- Handelschulen für Mädchen, Weinmeisterstr. 16/17, Scharnweberstr. 19, Wilhelmshavenstr. 2/5, Wilmersdorf, Weimariische Str. 21/24. Der Besuch der Schule befreit vom dreijährigen Pflichtschulbesuch. Ausbildung in allen kaufm. Fächern für ehem. Gemeindegeldbesitzer. Selektatkurse für Absol. von Lyzeen. Aufnahmeprüfung am 10. April 3 Uhr.
- Fachklassen für Mädchen, Weinmeisterstr. 16/17. Ministeriell als Ersatz für d. Pflichtschule anerkannt. Kaufmann- und hauswirtschaftl. Ausbildung. Acht Wochenstunden.
- Fortbildungsschule für weibliche Angestellte, Weinmeisterstr. 16/17. Unterrichts in allen kaufmänn. Fächern, abends 8—10 Uhr.
- Schule für Maschinenschreiber für Mädchen, Neue Friedrichstr. 55.66. III. Der Unterricht wird von 8 1/2—9 1/2 und von 7—10 Uhr erteilt. Stenographie.
- Kaufmänn. Fachschulen für schulpflichtige Lehrlinge, Auguststr. 21, Sophienstr. 18, Sebastianstr. 26, Inselstr. 2/5, Elisabethstr. 56/57, Gartenstr. 25, Steglitzer Str. 8a. Der Besuch befreit vom Besuch der städtischen Pflichtschule. Außer den kaufmänn. Fächern auch Englisch u. Französisch in 8 Wochenstunden. Vor- u. Nachmittag-Unterricht.
- Versicherungsfachschule, Dorotheenstr. 12.
- Kaufmänn. Abendschulen für junge Kaufleute, Klosterstraße 74, Inselstr. 2/5. Sämtliche kaufmänn. Fächer und Sprachen, abends 7-10 Uhr.
- Geschloß. höh. Handelskursus f. j. Kaufleute mit d. Berechtigung z. einj. Dienst, Klosterstr. 74. Ausbildung in sämtlichen kaufmänn. Fächern sowie Englisch und Französisch, abends 8—10 Uhr. Nach Absolvierung Abschlußzeugnis.

Beginn sämtl. Kurse am 11. April. Auskunft täglich im Bureau der kaufmänn. Schulen, Burgstraße 25 II, von 9—3 Uhr, sowie in den Schulen selber. Der Direktor Dr. Knöke.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung, Groß-Berlin
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droßknecht
Heinrich Nehrke
 von der Firma Kohl, Alt-Borsbagen 26, am 9. d. M. im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag den 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
 Regte Beteiligung wird erwartet.
 Ferner starb unser Kollege, der Droßknecht
Otto Schneider
 von der Firma Wertens, Berlin, Langestr. 80, am 9. d. M. im Alter von 49 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
Nachrufe.
 Ferner starb unser Kollege, der Industriearbeiter
Otto Rank
 am 6. d. M. im Alter von 18 Jahren.
 Ferner starb unser Kollege, der Droßknecht
Friedrich Schaelecke
 von der Firma Heibel, Berlin, Neue Köpfer, 30, am 7. d. M. im Alter von 63 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner
Wilhelm Fiebig
 Charlottenburg, Kanstr. 62, am 6. März gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
 Regte Beteiligung wird erwartet.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Gustav Schöneich
 Stargarder Straße 47 am 9. März gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
 Regte Beteiligung wird erwartet.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Mitglied der Tischler- u. Tapetier-Innung
 Lieferant verschiedener Dessaten-Vorleson

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
 Osten: Frankfurter Allee 350
 Süden: Kolbuser Damm 103
 Westen: Charl. v. Scharrenst. 5

empfehlen in vornehmer Auswahl preiswerte, nur gediegene

Möbel
 Herren- u. Speisezimmer
 Wohn- und Schlafzimmer
 Salons, farbige Küchen
 Dielenmöbel * Einzelmöbel

Welsacklerstr. 10

Schlafzimmer

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Sonntag v. 12-2 Uhr geöffnet

Gegründet im Jahre 1892

An Wunsch erleichterte Zahlungseinstellungen

Entzückende Seidenmäntel!!
 Imprégn. Seidenmäntel, Prachtstücke, Einzel-Modell.
 247, 210, 185, 125,-

Gummimäntel!
 Seiden-Gummimäntel, Inn-Hockenform, reizende Farbenstellungen.
 210, 185, 160, 135,-

Wundervolle Kostüme!!
 Seidenkostüme mit Stoffverzierungen, neueste Schöpfungen
 420, 475, 250, 225,-

Kammgarn-Kostüme, beste Stoffe
 425, 390, 275, 240,-
 Phantasie-Kostüme 225, 175, 172, 140,-

Pelzmäntel!
 Persischer Klaus, feine Aufmachung,
 1/2 lang 190, 775, 640,
 Fohlenmäntel 2/4 lang 1050, 875, 790,-

Plüschmäntel!
 Seidplüsch 1/2 lang 400, 375, 325,-
 Astrachanmäntel
 630, 525, 450,-

Einsegnungskleider!
Ulster
 beste, dicke, wollige Stoffe
 290, 200, 150, 120,-

Covertcoat-Mäntel
 feine Aufmachungen
 150, 120, 80,-

Westmann,
 I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
 II. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115.
 Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Fritz Lüdicke
 am 10. März d. J. in der Heilstraße Sommerfeld gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 14. März, nachm. 1/2 Uhr, von der Heilstraße in Sommerfeld aus.
 29/8 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme gelegentlich der Beerdigung unseres — nach fast vierzigjähriger Tätigkeit für die Sache des Proletariats als Obersekretär — Vaters, Schwagers und Großvaters, des **Herrn**
Wilhelm Riecke
 sprechen allen Beteiligten, insbesondere auch dem Genossen **Stuttner** für den warm empfundenen Nachruf unseren innigsten Dank aus.
H. Riecke, kurzzeit im Felde.
Anna Riecke,
Wichmann Riecke.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
 beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung:
 Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Exprobleite, Weibchen-Harn- und Blutuntersuchung, Syphilis, Herpesherp., Königstr. 34/36, Spt. 10-11 u. 6-8, Samst. 10-11.

Erfinder
 während des Krieges **grosso Erfolge!**
 Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos
 Norddeutsches Patentbüro,
 Aeltestes Bureau Berlins,
 Berlin, Friedrichstr. 9
 9-5, Sonntags 11-1

Zerrissene Strümpfe
 werden ganz gemacht (auch und Wasen). Seit 1. März 1918 ganz neues Verfahren, übertrifft alles Bisherige. Auch für Halbstrümpfe. Keine Nadeln oder lösende Röhre.
Reparatur a Paar 60 Pf.
 Herstellungs 3 Tage.
 Kunde muß Strümpfmateriale liefern. Patentamtlich geschützt. Nachnahme freier.
 Zinsen und Annahmestellen werden vergeben.
F. Pick,
 I. Strümpf-Reparatur, Hebril, Berlin, Pieperstr. 6.
 Tel. Nr. 2183.

Zigarren
 stets sortiertes Lager. Sehr preiswert.
Zigaretten
 D. 6.2 Pf. * im 1000 St. 62,-
 E. 8.5 78,-
 F. 12 98,-
 D. allein werden nicht abgeben. Verkauf nur an Selbstverbraucher, Gastwirte und Kantinen.
R. Singer, Berlin C.,
 Burgstr. 30, v. I. Etg.
 Geöffnet von 9-6.

Wie ein Wunder
 befreit 122127
San-Rat Dr. Strahe Hausalbe
 jed. Hautaffektion, Nerven, Gelenken, bei Rheumatischen, Krampfadern der Frauen u. dergl. Bienenb. erfolgt per Nachnahme.
 Elefant-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 71 (am Dönhofsplatz).

Verband der Gall- und Saankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Johann Gnadt
 Schweinmünder Straße, Bezirk 2, 151/14 am 9. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
 Um rege Beteiligung erlucht.
 Die Ortsverwaltung.

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft
 vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder als
hilfe Teilnehmer
 mit Anteilen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M., und bis zu 1000 M. auf. Kriegsanleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen.
 Das Gemüse wird in unteeren **Berteilungstitellen**
 an die Mitglieder billig abgegeben, bei völliger Ausschaltung des Groß- und Kleinwüchsenhandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die allen Mitgliedern sind mit Wintergemüse reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenen Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder findet statt im Laden **Verkehrsstr. 1a:** Montags, Mittwochs, Freitags 9-12 und 4-7, ausserdem Sonntags 11-1. Ferner im Laden **Koppenhagenstr. 4:** Dienstags, Donnerstags, Samstags 9-12 u. 3-6 und Sonntags 8-10. Ferner täglich im **Verwaltungsbüro:** Burgstr. 27 III, Zimmer 76 (gegenüber Jütas Wald).

Möbel-Cohn
 im Osten: Große Frankfurter Str. 58
 im Norden: Badstraße 47-48

Möbel auf Kredit
 an jedermann.
 Geringste Anzahlung — kleinste Abzahlung
 Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen und einzelne Möbelstücke, sowie farbige Küchen-Einrichtungen.
 Große Auswahl komplett angelegter Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer.
 Riesen-Auswahl — Billigste Preise
 Sehr kolante Bedingungen
 Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit.
 Lieferung frei Haus.
 Kriegsbeschädigte u. Verzeiger der Anzeige erhalten Extra-Rabatt.
 Sonntags 12-2 geöffnet.

ZÄHNE mit echtem Friedens-Kautschuk, von 3 M. an.
 Spezialität:
 Zähne ohne Gummipolier, Vollgoldkronen v. 20 M. an! Umarmend, schlochtstärkender Gabel. Reparaturen sofort. Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat gratis. — 20 jährige Fachstätigkeit!
 Sprechstunden: 10-1 und 3-7 Uhr, Sonntags 10-12.
Zahn-Praxis Klömpen
 Nur Lindenstr. 95 zwischen Markthalle und Jordan.

Marken
 seit 1879
JEANHOPE
 HAMBURG, I

Zigaretten la.
 Nur an Selbstverbraucher:
 300 Stk. 6.1 18.00 M.
 300 . 8.5 24.75 .
 200 . 12.0 24.00 .
 Verpackung 0.25 .
 Versand-Nachnahme 66.00 M.
Julius Leß,
 Berlin W 40, Brager Straße 29.
 Tel.: Völgelg. 2735.

Am Sonnabend, den 9. März, früh 4 1/2 Uhr, um mein lieber Vater und Großvater, der Buchbinder-Verführer
Hugo Feuerhack
 nach langem schweren Leiden im 65. Lebensjahre sanft entschlafen.
 Dies selgen tiefbetruht an
Emilie Feuerhack,
Richard Feuerhack
 nebst Kindern,
Elisabeth Grünberg geb. Feuerhack nebst Familie,
Erich Feuerhack nebst Gattin.
 Die Beerdigung findet am 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
 18/26

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
 Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor Sprechst. 11-1, 6-8
 192 Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Die Heilwirkung der künstl. Höhensonne-Behandlung
 ist von allen medizinischen Autoritäten seit Jahren anerkannt. In Krankenhäusern, Kliniken und Sanatorien in ständigem Gebrauch. Mit ganz vorzüglichem Erfolge findet die künstl. Höhensonne vorzugsweise Anwendung bei Nervenleiden (Nervenschwäche), allen Stoffwechsellernkrankungen wie Gicht, Rheuma, Aderverkalkung, Herzerleiden, Zuckerkrankheit, Lungenleiden, Magen- u. Darmleiden, Schwächezuständen, Leber- u. Nierenkrankungen sowie bei Haut- u. Beinleiden. — Tägliche Behandlungsdauer 9-7 Uhr. Sprechstunden des Arztes 10-11 1/2, 3-4 1/2, Sonnt. 10-11 Uhr.
Sanitätsrat Dr. Weises Ambulatorium, Berlin, Potsdamer Str. 123 b.
 Fernsprecher: Lützow 8675. — Auskünfte werden mündlich und telephonisch bereitwilligst kostenfrei erteilt

Nachruf.
 Unser lieber Freund und Kollege, der Rotationsarbeiter
Willi Loppnow
 geb. 18. 7. 1887
 welcher seit einem Gefecht am 21. Mai 1915 vermisst wird, ist für tot erklärt worden.
 Wie werden seiner Held in Ehren gedenken. 20992
Die Kollegen der Vorwärtsdruckerei
 Rotations-Nachricht.

Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
 Hans Meisner u. Römestrank-Kell. 6.25 Berlin, Fernsp. Kgl. 12708

Handagen, Cumariv
 R. Baake, Stralauer Str. 56.
 E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
 A. E. Lange, Brunnenstr. 168

Wasser- u. Konditorien
Otto Wolf, Treptow, Krausstr. 16
 Lachan, Gr.-Lichterf., Chausseest. 55a

Wasser- u. Konditorien
Brauerei Bützow
 empfiehlt **Qualitätsbiere**
 ersten Ranges
 Kars. Wolf, Waisen, Tinkow
 Hermann Meyer, Schützenstr. 21.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Münchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg
Trinkt Wänninger Bier!
 Weissbier, C. Breitwaupt,
 Palladiumstr. 27 Tel. Kpn. 2081, 2082

Essigfabriken
Timmer-Essig
 Charall erhältlich

Wasserschnecken
Bellmann, E.
 Gullowstr. 29
 Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Meierei C. Bolle
 A.-G.
 Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98193
 Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Photogr. Apparate
M. Albrecht
 50, Kolbuser Str. 1. auch Gellertstr. 104

Waren u. Geträgen
Lehmann, Alb., Franz, Albrecht
Wolke, Lührs, Fruchtsäfte

Kuge Selig
 60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Weyer & Co., Act. Ges.
 ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

Billige Führer durch die Reichs- u. Landesgesetzze:
 Gewerbe- u. Kaufmannsgericht... 25
 Militärpensions-Gesetz... 20
 für Militärpflichtige... 20
 Gültigkeit... 20
 Preis- u. Lohnmessen-Gesetz... 20
 Strafprozess-Gesetz... 20
 Kirchensteuer u. Kirchsteuer... 20
 Verleumdungsgesetz für Angeklagte... 20
 Preussische Grundrecht... 20
 Verfassungsgesetz des preuss. Staats... 20
 Vereins- u. Verbandsrecht... 20
 Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?... 20
 Familienrecht: Kind-Stellung der Kinder, Ehegatten und Verwandten... 20
 Das Arbeitsverhältnis der gewerblichen Arbeiter. Der Arbeitsvertrag... 20
 Das Recht während des Krieges... 20
 Verordnungen d. Kriegsteilnehmer... 20
Hauptexpedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sowie in sämtlichen Filialen

Eier-Versandkartons

45 85 145 245

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Porzellan

- 1 Milchtopf mit Goldrand .. 95 Pl.
- 1 Milchtopf mit rother Goldverzierung 95 Pl.
- 4 Kinderbecher mit Bildern 95 Pl.
- 2 Abendbrotteller mit Goldrand .. 95 Pl.
- 1 Blumenvase mit rother Verzierung .. 95 Pl.

Wirtschafts-Artikel

- 1 Vorratsdose verschiedene Muster 95 Pl.
- 1 Quirlbrett 95 Pl.
- 1 Einholflasche 95 Pl.
- 1 Brotkorb 95 Pl.
- 1 Glanzbürste 95 Pl.
- 1 Scheurbürste 95 Pl.

Emaille

- 1 Maschinentopf 95 Pl.
- 1 Bratpfanne 95 Pl.
- 1 Speiseteller 95 Pl.
- 1 Tasse 95 Pl.
- 1 Schöpflöffel 95 Pl.
- 1 Schüssel 95 Pl.

Parfümerien

- 1 Zahnbürste 95 Pl.
- 3 Rasierklingen 95 Pl.
- 1 grosse Tube Lebona-Creme 95
- 1 Zelluloid-Seifendose .. 95 Pl.
- 10 Pakete Blitz-Blank ... 95 Pl.

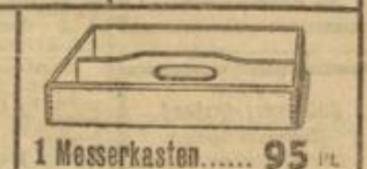
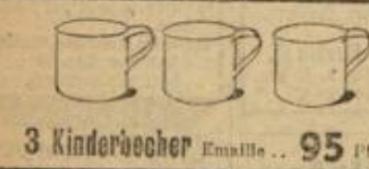
Glas

- 5 Kompotteller Form Weinblatt .. 95 Pl.
- 4 Kompotteller Diamantmuster 95 Pl.

Waschpulver "Die neue Welt" leicht schäumend 95 Pl.

Steingut

- 3 Kinderteller tief oder flach 95 Pl.
- 4 Speisenäpfe 95 Pl.
- 1 Essig- oder Oelflasche 95 Pl.



Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. * Uhr: Macht der Finsternis. Kammerstücke. 1/2 Uhr: Kinder der Freude. Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrundb. Schönk. Tor. 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.

Dir. C. Meinhard - R. Bernauer. Theater Königgrätzerstr. 7 1/2 Uhr: Die Helden auf Helgoland. Komödienhaus 8 Uhr: Die Straße nach Steinach. Berliner Theater 7 Uhr: Blitzblaues Blut.

Theater für Mittwoch, 13. März. Central-Theater Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Coardasfürstin. Deutsches Opernhaus 7 Uhr: D. lust. Weiber v. Winds. Friedrich-Wilhelms-Theater 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater 7 1/2 Uhr: Nanie. Komische Oper 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Sonnab. 8 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädel v. Lindenhof. Neues Operettenhaus Schiffbld. 4a. Koenigspl. N. 1. 261. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

URANIA Nehm. 4 Uhr (halbe Preise): Der Singezug nach Venedig. 8 Uhr: Wissenschaft. Verein. Geheimrat Orlich (Berlin): Die techn. Anwendungen elektr. Ströme in Gasen und Dämpfen. 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Ueber seelische Fähigkeiten bei Tieren.

Palast Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Pers. Austr. Paul Heidemann in der Film-Operette „Paulchens Gasabentener“ u. das neue März-Prgr.

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Der junge Zar. Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: Schneider Wihbel. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Hopfenraths Erben. Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen. Theater am Nollendorferplatz 8 1/2 Uhr: Der Treuhadour. 7 Uhr: *Scalio's Orchester*. Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

Heute Uraufführung!

Union-Palast Kurfürstendamm 26

Das gewaltigste Filmdrama der Zeit!

Das Himmelschiff.

Ein Zukunftsroman in 6 Akten von Sophus Michaëlis und Ole Olsen

In den Hauptrollen: **Gunnar Tojnäs** **Lily Jacobsson**

Chorgefang angeführt von der köstlichen Konzertsvereinigung.

UT

ECR

Anfangszeiten: 5 und 6 Uhr Eintritt nur an den angegebenen Zeiten

Vorverkauf zu allen Vorstellungen mittags 12-1 Uhr an der Theaterkasse Kurfürstendamm 26.

Busch Hustchen erregt täglich das Phänomen des Magen-trainings Max Busch, welcher v. echten Professoren als ein medizinisches Mittel bezeichnet wurde; derselbe verhilft Nüchtern, Kräfte, Wasserkränken den Magen zu öffnen, trinkt, raucht und bringt soeben nach 20 Min. dieselben wieder lebend u. sauber z. Vorschein.

Die schöne Grolin Jenny Suleika u. Partnerin. Türkische Fakire u. Vulkanmenschen! usw. usw. Zum Schluss: Phantastische Pantomime **Mondfahrt.**

Kaffee Luitpold Notzstraße 15. Täglich: **Kabarett Danny Gürtler II** der König der Boheme Ina Marcolle, Max Roe, Molly Morley, Leo Fahrman, Kapelle Ctrycky.

Spezial-Arzt Dr. med. Masché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, (bes.) chron. Niere, Schmerzmittel, neueste Behandl. ohne Bemühung, Blutunterstützung, Nark. Verle. Zeitabgabe. Sprechstunden 10 bis 1 und 3-8, Sonnt. 11-1.

Schwarzer Kater Friedrichstr. 195. Ecke Behrenstraße. **Claire Waldoff** **Willi Prager** **Milda Breiten** **Mizzi Dressl** u. das hervorragende März-Programm.

Apollo Friedrichstr. 218. 7 1/2. **Der Flieger von Tsingtau** sowie die verblüffenden Varietés-Attraktionen. Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Casino-Theater Veltlinger Str. 37. Tägl. 7, 8 U. Nur noch bis inkl. 30. März; **Samstagsfreie** und das neue Märzprogramm. Donnerstag, 21. März, 8. 1. Male: **Anas Traum.** (Sig. 4 U.; Schipp, schipp, hurra!)

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittag 3 Uhr **Stettiner Sänger** Zum Schluss: **Mein Weihnachtstraum** Nachmittags ermäßigte Preise!

Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch . 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung DeWants, Berlin

NATIONAL-THEATER Cöpenicker Str. 58. Täglich: Deutsch-Amerik. Th. **Die ist richtig!...** Musik von Walter Bromme. **!!! Größter Lacherfolg !!!** Sonntag 8 1/2: Studentenlieben. | Preise: 1,50-8 M.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: **Eine Waife.** **Walhalla-Theater.** 8 1/2 Uhr: Sänfel und Gretel. 7 1/2 Uhr: Das Musikantendorf.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Mittwoch 7 1/2, 11 Uhr: **Muttersegen.** Donnerstag 7 1/2, 11 Uhr: **Muttersegen.**

Berliner Konzerthaus Mauerstraße 52. Zimmerstraße 90/91. **Heute:** **Großes Konzert** des Berliner Konzerthaus-Orchesters. Leiter: Komponist Franz von Blon. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pl. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag, den 15. März: Gr. Wohltätigkeits-Konzert zum Besten der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Berlin.

WINTERGARTEN Gastspiel: **Frieda Hess** Solotänzerin **Jan Trojanowski** Hofballetmeister vom Ballett des Kgl. Hoftheaters Dresden sowie der große März-Varietés-Spielplan.

Zirkus A. Schumann Bf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2. Nur noch kurze Zeit. **Das große neue Sport-Programm** u. u. **Bébé** ihr. **Eishären** Entkleidungs-Szene in der Luft, Erl. Zoo. Gr. Ausst. **Mexiko.** Pantomime.

Trianon-Theater 7 1/2 am Bf. Friedrichstr. 7, 8. Tel. Zentrum 4927 und 2901. **Der Lebensschüter** Komödie von Ludwig Foltz. Ida Wust, Erich Kaiser-Titz, v. Müllendorff, Plink, Kottmar. Str. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer. **Admiralspalast.** Heute 7 1/2 Uhr **Abrakadabra** Deutsche Tänze v. Schubert. Vorzügliche Küche.

Überverfaltung, Schwindelanfälle Herzbellemungen, Angst- und Schwächezustände. Berlangen Sie ausführliche Gratis-Broschüre. Dr. Gebhard & Cie., Berlin 130, Hallesche Str. 29a.

Möbel auf Kredit an jedermann. : Kleinste Anzahlung. : Größte Rücksicht. : Bequemste Abzahlung. **Reichhaltiges Lager** in ganzen Einrichtungen und einzelnen Stücken. **Große Auswahl farbiger Küchen.** **M. Landwehr** Müllerstraße 7, I (Weddingplatz) Blaue Schilder beachten. **Sonntags 12-2 geöffnet.**

Fischbutter.

Alte Schmutzreste vom letzten Schnee trauern am Bürgersteig. Bürgersteig? Man könnte in Zeiten dieses Krieges eher Bürgerinnen-

Da, hatte sich nicht eben der Vorhang des Fensters gerührt? Die ganze Menge der Frauen gerät in Spannung. Die preußische

Vorne an der Spitze der Wartenden hat eine noch verdächtig

Wittlerwelle kommt die Postille an die Reihe. Vorne die Alte

„Ne“, sagte der alte Herr, der inzwischen näher gekommen ist.

Ein Schugmann hatte sich angezogen gefühlt und kommt

„Ja, ja.“ seufzt der Schugmann, „und fehlt nur Fett und

„Blech wollen wir ja nicht!“ schallt es ihm von unten entgegen.

Ein Kauten, ein Katen und Krapen ging durch die Menge.

Eine Frau steht durch den Schlitze des Fensterbührganges

Als erste ging die resolute Alte von vorne in den Laden.

Die Allgegenwart des Eisens.

So unendlich wichtig das Eisen für unsere gesamte Kultur

Somit findet sich das Eisen fast in allen Mineralien und

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

„Geduld, wir müssen Geduld haben!“ Hermine von

„Das ist nicht wahr!“ Die Generalin reckte sich, sie

seht noch alle Morgen die liebe Sonne. Das das heißen

„Es geht uns auch dreißig“, sagte eine. Sie stand dicht

Es zudte in ihrem Gesicht, ihre ruhige Stimme wurde

Die Blasse bekam das Viertelpfund Haserflocken auf ein

zu atmen, wenn ihnen das Eisen fehlte. Daß wir dem Gemüße

Von unserem Körper gerät das Eisen wiederum in die Erde,

„Das Musikantenloft“.

(Erfahrungsbildung im Balhalla-Theater.)

Notizen.

- Kunstchronik. Die Kunsthandlung Fritz Gurliitt,
- Ueber den deutschen Sprachgeist spricht Prof.
- Der Wunderdoktor. In der „Jugend“ lesen wir:

der Schule. Und die junge Frau unten lag in Wochen.

„Na, wird's nu bald?“ sagte eine ungeduldig. „Sie

Die Dombrowski wandte sich empört um: „Schubsen Sie

„Die drängst doch so — au! Lassen Sie doch — was,

Reichstag.

133. Sitzung, Dienstag, den 12. März 1918, nachmittags 2 Uhr.
Das Haus ehrt das Andenken an den verstorbenen Abg. Stolte (Unabh. Soz.) durch Erheben von den Sitzen.

Anfragen.

Abg. Dr. Luard (Soz.) beschwert sich über die Neuherung des Reichskommissars für die Kohlenversorgung auf der Stuttgarter Kohlenkonferenz gegenüber der Anregung, eine Nationalisierung der Kohlenlieferung einzutreten zu lassen, „er steht und fällt mit dem freien Handel“, und führt weiter Klage über die mangelhafte Kohlenversorgung der süddeutschen Städte, speziell Frankfurt a. M.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Der Reichskommissar für Kohlenversorgung hat sich keineswegs gegen die Nationalisierung der Kohlen, sondern nur gegen die öffentliche Bewirtschaftung gewendet. Für einen schrankenlosen freien Kohlenhandel hat der Reichskommissar sich nicht ausgesprochen.

Abg. Geyer (Unabh. Soz.) beschwert sich über eine Verschärfung der Vorzensur, da zur Ausführung bestimmte Zeit-schriften schon 24 Stunden vor der Ausgabe im Original oder Um-druck eingereicht werden müssen.

Major von der Berg: Es handelt sich hier um eine neue Rege-lung, die im Interesse der Zeitschriften selbst liegt.

Abg. Schaeff (Sp.) fragt, ob der Wunsch der kleinen Landwirte, daß ihnen für das fehlende Brotgetreide eine entsprechende Menge selbstgeernteter Getreide belassen werden möge, erfüllt werden könne.

Unterstaatssekretär v. Braun: Es ist nicht möglich, diesen Wunsch zu erfüllen.

Abg. Uhlig (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf ein vertrauliches Schreiben des Reichsverbandes für Herren- und Anaben-bekleidung, nachdem die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberbekleidung für die minder bemittelte Bevölkerung da-durch abhelfen will, daß an Stelle der Beschlagsnahme die Detail-geheimhaltung der Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Anzügen auferlegt ist, wobei ihnen gestattet sei, auf den Fakturen- oder Ge-ländswert dieser Bekleidungsstücke

Zusätze bis zu 50 Prozent

zu erheben. Es bedeutet dies eine ungeheure Verteuerung der Bekleidungsstücke für die minderbemittelte Bevölkerung.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Das Bundes schreiben des genannten Verbandes entspricht nicht den Tatsachen. Den Fakturenzuschlag in Höhe von 50 Proz. hat der Verband bean-sprucht, er ist ihm aber nicht bewilligt worden. In dieser Höhe gibt er nur für Anzüge aus Stoffen, die noch aus Friedens-zeiten stammen. Im übrigen sind die Preisforderungen des Ver-bandes sehr wesentlich herabgesetzt worden.

Abg. Landadel (Soz.) wünscht Abhilfe gegen eine Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 5. Armeekorps, wo-nach Bestimmungen des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren Anwendung finden sollen.

Major v. Braun: Rechtliche Bedenken gegen die Verordnung, die auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand erlassen ist, bestehen nicht. Eine Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes über die untere Altersgrenze hinaus und eine zwingende Heran-ziehung jugendlicher Arbeiter ist nicht beabsichtigt.

Abg. Meise (natl.) beschwert sich über zu niedrige Bezahlung der Landwirte bei der Aushebung von Pferden für militärische Zwecke.

Generalmajor v. Bräutigam sagt ein nachträgliches Prüfen be-anstandener Fälle zu.

Abg. v. Gölle (l.) rügt das Verhalten der dänischen Rettungs-gesellschaften gegenüber dem deutschen Kriegsschiff „Gotha“ und fragt, welche Schritte gegen das Grundgesetz des Völker-rechts und einer lokalen Neutralität widerprechende Verfahren der dänischen Regierung unternommen worden sind.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes: Die deutsche Regierung ist sofort in Kopenhagen vorstellig geworden. Die Reichsregierung zweifelt nicht, daß die dänische Regierung die Freilassung der inter-nierten Mannschaft und ihre sofortige Abreise nach Deutschland anordnen wird.

Die Neueinteilung der Wahlkreise.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über die neue Zu-sammenfassung des Reichstags und die Verhältnis-wahl in großen Reichstagswahlkreisen. Danach soll die Zahl der Reichstagsabgeordneten von 397 auf 441 erhöht, die Zahl der Wahlkreise auf 387 vermindert werden. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden, Hamburg bilden je einen Wahlkreis. Ferner werden noch 3 große Wahlkreise durch Zusammenlegung gebildet. Diese Neuwahlkreise erhalten mehrere Abgeordnete. So werden in Berlin 10 Reichstagsabgeordnete gewählt, im Kreis Teltow 7, in Hamburg 5, in Potsdam und Leipzig je 4, in Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederrhein, München und Dresden je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl eingeführt.

Staatssekretär des Innern Dr. Wallraf:

Die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Wahlkreise, die nach dem Gesetz 100 000 betragen sollte, beträgt nach der letzten Volks-zählung 163 500. Die Vorlage bringt eine Teilreform. Bei Zugrundelegung der Durchschnittszahl von 100 000 würde der Reichstag aus 700 Abgeordneten bestehen. Im allgemeinen ent-spricht die Vorlage dem früheren Beschlusse des Reichs-tags nur mit der kleinen Änderung, daß der Begriff der wirt-schaftlich zusammengehörigen Gebiete nicht in die Vorlage übernommen ist, vor allem mit Rücksicht darauf, daß dieser Begriff sehr verschieden ausgelegt wird. Der Minister erörtert des weiteren die Vorteile und Nachteile des Proportio-nalwahlrechts; keine Ausführungen bleiben im Zusammen-hang auf der Tribüne verständlich. Welche politischen Folgen die Vorlage für die einzelnen Parteien mit sich bringen wird, läßt sich nicht übersehen. Das beweist schon, daß die Regierung bei ihrer Vorlage sich von rein sachlichen Beweggründen hat leiten lassen. Ich hoffe, daß auch die Kritik nur von sachlichen Motiven ausgehen wird.

Abg. Aushoff (Z.): Die Vorlage bedeutet ein Stück Neu-orientierung. Sie ist bedingt durch die gewaltige Vermeh-rung der Bevölkerung in den großstädtischen Wahlkreisen. Wir haben jetzt Wahlkreise mit 1 300 000 Einwohnern. Wir be-grüßen die Vorlage grundsätzlich. Eine allgemeine Reform der Wahlkreiseinteilung wäre zugeht nicht zweckmäßig, zumal auch die letzte Volkszählung von 1910 nicht keineswegs mehr maß-gibend ist. Wir wollen die Vorlage schnell verabschieden, um Preußen ein Beispiel zu geben. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsaus-schuss.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Die Vorlage ist zweifellos von großer Tragweite. Ich kann sie aber nicht so günstig beurteilen wie mein Vorgesetzter. Statt einer wirklich groß angelegten Reform bekommen wir eine Teil-reform, die bedingt ist mit einer Fülle sehr fragwürdiger Bestim-mungen. Wir haben die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung oft genug aufgedeckt und haben auch die Verhältniswahl seit lan-gem gefordert. Insofern bedeutet die Vorlage einen Erfolg un-serer vielfährigen Bemühungen. Leider weist sie aber einen überaus mangelhaften Charakter auf. Einen guten und gerechten Grundgedanken bringt sie in einer solchen Form zum Ausdruck, daß wir das Ganze nur als sehr unzureichend und unbedeutend bezeichnen müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine allgemeine Reform wäre durchaus möglich. Gerade jetzt nach dem großen Erlebnis dieses Weltkrieges wäre es eine Pflicht der Reichsleitung und des Reichstags, die

volle Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger

auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts zur Durchführung zu bringen. (Sehr gut! b. d. Soz.) England

hat im Kriege eine Wahlreform großen Stills, die auch 6 Millionen der weiblichen Bevölkerung das Wahlrecht brachte, durchgeführt. (Hört, hört!) Durch die Vorlage aber bleibt der pluralistische Charakter der Reichstagswahlkreiseinteilung auch in Zukunft in großem Umfange erhalten. Berlin, das an Einwohnerzahl so groß ist, wie die Provinz Ostpreußen, wird nach dem neuen Gesetz nur 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können, die Pro-vinz Ostpreußen dagegen 17. (Hört, hört!) 277 Wahlkreise bleiben unter dem Durchschnitt von 163 500, 62 davon haben sogar weniger als 100 000 Einwohner. Ein Wahlkreis wie Teltow mit einer Einwohnerzahl von 1 315 000 erhält in Zukunft 7 Mandate; aber ebenso 7 Mandate bekommt auch der Regierungsbezirk Stettin mit nur 869 000 Einwohnern. Das Proportional-wahlrecht will die Vorlage nicht etwa als gutes und gerechtes Prinzip, sondern lediglich als politisches Ausfalls-mittel. Die ganze Art, wie Sie die Verhältniswahl nur für einen Teil der Großstädte einführen, hat offenbar eine Spitze gegen die Arbeiter-schaft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das wird ganz offenkundig in der Begründung zugegeben. So ist die Vorlage stark mit partei-politischen Absichten belastet.

Ein weiterer Mangel der Vorlage ist die Schädigung der Arbeiterschaft in der Wahlkreiseinteilung, von welchen indu-striellen Teile abgeschnitten und mit benachbarten Städten ver-bunden sind.

Der Verfassungsausschuss wird also ernstlich prüfen müssen, ob die Neuregelung nicht mindestens auf alle Wahlkreise, die schon 1910 200 000 Einwohner hatten, ausgedehnt werden soll, wenn da-durch auch die Zahl der Reichstagsitze um 100 steigen sollte. In Bezug auf die Wahlordnung ist zu verlangen, daß sie nicht ohne die Zustimmung des Reichstages erlassen werden darf. Das System der gebundenen Listen ist jedenfalls besser als das in der Vorlage vorgesehene, wonach jeder Wähler beliebig die Liste ändern kann. Alles in allem bedeutet die Vorlage

eine Milderung des bisherigen Unrechts

des Reichstagswahlrechts gegen die großen Städte und sie führt das neue Prinzip der Verhältniswahl ein. Freilich bleibt viel altes Unrecht bestehen und neue Mängel und Benachteilig-ungen sind zu befürchten. Ihre endgültige Stellung-nahme behalten meine Freunde sich vor. Aber selbst wenn das Gesetz in verbesserter Form zustande kommt, so können wir es nur als ein Provisorium betrachten, als einen Anfang, als einen Schritt auf dem Wege, auf dem in Zukunft weiter mar-schiert werden muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Meinungen (Sp.): Meine Freunde stehen dem Entwurf wesentlich sympathischer gegenüber als der Vor-redner, er ist der erste Erfolg der Arbeiten des Verfassungsaus-schusses. Auf Schwächen und Mängeln im einzelnen darf man sich nicht einlassen. Daß durch die Verhältniswahl die Minderheit nur in einigen Wahlkreisen vertreten sein soll, erscheint auch uns als ein Mangel. Aber nach der ganzen Entwicklung, die die Angelegenheit genommen hat, muß das jetzt mit in den Kauf genommen werden.

Abg. Dr. Jund (natl.): Wir sehen in der Vorlage eine hohe E-rfüllung des Wunsches des Reichstages. Ich hoffe, daß die Freunde des Abg. Gradnauer sich in der Kommission der Vorlage freundlich gegenüberstellen werden. Von einer Arbeiterfeindschaft der Vorlage kann man wirklich nicht sprechen. Sie wird zweifellos eine bedeutende Vermehrung der sozialdemokra-tischen Abgeordneten zur Folge haben. Erfreulich ist, daß man die gebundenen Listen nicht eingeführt hat. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Veit (l.): Die Vermehrung um 44 Mandate geht sehr weit; wir hatten höchstens mit 20 neuen Mandaten gerechnet. In der Vorlage wird gesagt, daß von einer Ausdehnung der Verhält-niswahl auf das ganze Reich keine Rede sein könne. Der Bi-ganzler v. Bayer hat aber neulich gesagt, die Vorlage sei die Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl im großen. (Hört! hört! rechts.) Wir stimmen der Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuss zu.

Abg. Dr. Erdmann (Unabh. Soz.): Wir können diesem Viertel-oder Halbjahrrechen sein besonderes Vertrauen entgegenbringen. (Bravo! bei den Unabh. Soz.) Mit dem Zweck der Vorlage haben wir nichts zu tun. Die Wahlreform wird betrieben, um die Arbeiter in den Schützengräben und den Munitionsfabriken bei der Stange zu halten im Interesse der Kriegsziele der Eroberungs-politik. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die bürgerlichen Parteien werden von dem Gesetz nicht Schaden haben; ist doch bei der Zusammenlegung der Wahlkreise eine Wahlkreisgeometrie zu-gunsten bestimmter bürgerlicher Parteien, des Zentrums und der Konservativen, zugunsten der Sozialdemokratie betrieben. Von der Einführung des allgemeinen Verhältniswahlrechts werden die Parteien durch die Furcht vor der Sozialdemokratie abgehalten. Deshalb ist dieser Entwurf kein Anfang einer be-ginnenden Reform, sondern dieses Reformden soll einer wirklichen Reform den Weg verlegen. Deshalb lehnen wir die Vor-lage ab, dadurch werden wir das Vertrauen immer weiterer Volksteile gewinnen. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Abg. Graf v. Posadowski (Dt. Fr.): Wie sehr man ein Wahl-recht überschätzen kann, dafür ist ein Beispiel die Neuherung eines Redners in Frankreich, der die Listenwahl empfahl mit den Worten: Nach Einführung dieses Wahlrechts wird Frankreich so glücklich sein, daß selber die Frauen ohne Schmerzen gebären werden. (Lächer-lich.) Die Entwicklung der Bevölkerung wird über kurz oder lang zu einer Umänderung der geschlichen Grundlage der Wahlkreiseinteilung zwingen. Dabei muß aber neben der Bevölkerungszahl auch die Höhe mit im Betracht gezogen werden; sonst wird der Reichstag immer mehr zu einer Vertretung großstädtischer Inter-essen.

Die Debatte schließt. Der Entwurf wird dem Verfassung-sausschuss überwiesen.

Es folgt die Vorlage zur

Änderung des Postgesetzes.

Staatssekretär des Reichspostamts Mühlh: Die Vorlage will die Teilnahme am Postverkehr weiter verbilligen, um den dargelegten Zahlungsverkehr möglichst zu fördern. So soll der Briefverkehr der Postfachkunden mit dem Postsekretariat vom Porto befreit und die Gebühr von 3 Pf. für Ueberweisungen aufgehoben werden. Die Eingangsgebühr für Bahntarife soll in Zukunft der Eingahler tragen. Ich hoffe, daß auch diese Vorlage dazu beitragen wird, das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege zu erleichtern. (Bravo!)

Abg. Landadel (Soz.) kritisiert die Neuerung, daß der Ein-zahler in Zukunft die Eingangsgebühr tragen solle. Die Ansicht der kaufmännischen Korporationen über die Wirkung einer solchen Maßnahme ist durchaus geteilt. Ich glaube, daß sie ein Hemmnis der Ausbreitung des Postverkehrs sein wird. Wünschenswert wäre eine vermehrte Bekämpfung der Postverke und die Schaffung weiterer Erleichterungen. (Bravo! b. d. Soz.)

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Vorlage an den Haupt-ausschuss. Ein Gesetz über Kriegsschadens der Reichsbank wird ohne Debatte an dieselbe Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr: Mittelstandsinterpellation des Zentrums.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ergänzung zum Reichstagsbericht vom 9. Februar.

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.): Der Oberkommandierende in den Marken hat die außerordentlichen Kriegsgerichte angewiesen, alle durch diese Gerichte etwa freigesprochenen dem Ver-säcker Polizeipräsidium wieder vorzuführen damit die Schußhaft über sie verhängt wird. Die Freigesprochenen sind auch im „alten Wagen“ nach dem Polizeipräsidium gebracht und fast ausnahmslos in Schutzhaft genommen worden. Gedenkt der Reichstagsrat gegen dieses hemmungs- und wahllose Schalten mit der Freiheit der Staatsbürger einzuschreiten?

Generalmajor v. Bräutigam: Das Oberkommando in den Marken hat den in Frage kommenden Befehl an die außerordent-lichen Kriegsgerichte nicht erlassen. Vielmehr hat das Polizei-präsidium in Berlin das Ergehen nach Durchführung der Freigesprochenen an die Kriegsgerichte gestellt; diesem Ergehen ist in verschiedenen Fällen nachgegangen worden. Jedoch sind die betreffenden Personen stets sofort durch das Agl. Polizei-präsidium entlassen worden.

(Bei der Urkunde im Hause blieb die Anfrage und ihre Beant-wortung auf der Tribüne unverständlich.)

Wirtschaftsfragen vor dem Abgeordnetenhaus.

Eine Rede Gues.

Die wieder sehr ausgedehnte Dienstagssitzung des Ab-geordnetenhauses brachte in der Debatte über den Handels- und Gewerbeetat zwei interessante Momente. Das erste war die Jungfernrede des erst ganz kürzlich in das Dreiklassen-parlament eingetretenen Herrn Dr. Röttger, des früheren Landrats und späteren Generaldirektors der Kruppischen Werke. Dieser in den letzten Jahren so viel genannte Wort-führer der Alldutschen und Anexionisten machte dem Rufe, der ihm vorausging, alle Ehre: er trat ganz im Stile der „Deutschen Zeitung“ lebhaft für einen „starken deutschen Frieden“ ein und polemisierte sehr temperamentvoll gegen die Politik vom 19. Juli 1917.

Auch nach innen will Herr Röttger, der auf den Bänken der Konservativen Platz genommen hat, einen „star-ken“ Frieden. Er will die Arbeiter und Angestellten, wie er sagt, „durchaus nicht vergessen“, zunächst aber will er erst einmal die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung hintertreiben und einen wirksamen „Schutz der Arbeits-willigen“ schaffen. Im Namen „der Freiheit und des Selbst-bestimmungsrechts“! Mit Behmut erinnerte Herr Dr. Röt-tger an die „immer noch uneingelösten“ Kaiserwerke vom Bielefelder Sparenberge und von Oegnhäusen. Für das die Wahlreform verheißende Königswort hat Herr Dr. Röttger erheblich weniger Interesse...

Das zweite interessante Moment der Sitzung war die überaus wirksame Antwort, die unser Genosse Gue dem konservativ-industriellen Schornacker erteilte, den er in dieses interessanten Herrn Ehrener Zeit in nächster Nähe kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat. Wir geben die Rede weiter unten so ausführlich wieder, wie es die beschränkten Raumverhältnisse zurzeit erlauben. Sie war auch, abgesehen von dieser Abrechnung mit Herrn Dr. Röttger, eine aus-gezeichnete Leistung; gab sie doch ein umfassendes und er-schütterndes Bild von den sozialpolitischen Zuständen, wie sie sich im vierten Kriegsjahr allmählich in Deutschland ent-wickelt haben...

Neben diesen beiden Reden trat alles andere an Inter-esse weit zurück, so wichtig die Erörterungen über Kohlflo-berjorgung, Uebergangswirtschaft, Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege usw. vielfach auch waren. Es beteiligten sich an ihnen noch der Zentrumsmann Dr. Bell, der Freikonserv-ative von Wonna und der Nationalliberale Dr. Wenden-landt.

Genosse Gue sagte in seiner Rede u. a.:

Das ganze Schimpfen auf den „Kriegssozialismus“ ist eine Zerküpfung der öffentlichen Meinung. In Wahrheit sind die Kriegsgesellschaften usw. privatkapitalistische Ver-richtungen mit einer gewissen staatlichen Aufsicht! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit Sozialismus hat diese ganze Preis-treiberei und Volksauswucherung nicht das Mindeste zu tun, es ist reinster Kapitalismus. Was ist

der Fall Daimler

anderes als eine Folge der von uns oft gekennzeichneten Profit-sucht, die über Leichen geht? Arbeiter und Arbeiterinnen sitzen wegen unbefonnenen Werte hinter Schloß und Riegel, aber die Deereverwaltung ist nicht imstande, diese Generaldirektionen zur Befolgung der gemeinschaftlichen Gebote zu zwingen und die vor-genommenen betrügerischen und landesverräterischen Wandel werden gar noch von einem Teil der deutschen Presse, so der „Deutschen Zeitung“ verteidigt! (Vehementes Hört! hört! links.) Mit Daimler sind die Deutschen Waffen- und Munitionswerke, die Firmen Löwe, Klein-Rottweil u. v. a. eng verbunden, die Kenntnis von den Daimler-Vorgängen gehabt haben. Wenn man die immer weiter steigenden ungeheuren Gewinne der Sprengstoffwerke sieht, gereicht man den nationalliberalen Ausruf: „Wo sind unsere Millionen geblieben?“ Und der Fall des Wohltäters v. Behr-Finnow: das alles ist der Gegenwart, nicht der sozialistische, General-Ordnung, der eine Denkschrift über den Versicherungsschwindel aus-gearbeitet hatte, wurde gegangen! (Hört! hört!) In der Liste der Wohltätigen des Daimler-Konzerns findet man bekannte Wohltätigkeitsvereine.

Wenn wir rasch wieder in die Weltwirtschaft hineinwachsen wollen, kann es nur durch den Verständigungsfrieden geschehen. Ich sehe kein baldiges Ende des Krieges, wenn nicht der Gewaltfrieden von Versailles durch eine schieblich-friedliche Vereinbarung mit Ruß-land ersetzt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Das arbeitserfindliche terroristisch-unternehmerliche Aus-nahmengesetz § 153 will Herr Koetger natürlich nicht aufheben lassen. Aber übt den Terror? Wie arbeitet der Stahlwerksverband gegen die ihm nicht beitretenden Werke? Regierungsrat Reiner hat in seinem Buch über „Organisationszwang“ genug Material über den Unternehmerterror beigebracht. Ich behaupte nur, daß Herr Koetger für das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter nicht schon schwärmte, als er noch Kruppdirektor war und jeder Arbeiter, der nur verdächtigt wurde, organisiert zu sein, auf die Straße flog, unter Zurückbehaltung selbst seiner jahrelang gezahlten Beiträge für die Wohlfahrtskasse. (Beifall! b. d. Soz.)

Gegen die von mir schon vor einundhalb Jahren im Ausschuss geschilderte

furchtbare Heberarbeit von Frauen,

selbst von schwächeren, in der Schwerindustrie, was man damals als Ueberreizung bezeichnete hat der Reichstagsrat im November 1917 ein Einschreiten angeordnet. Aber da werden wieder alle möglichen Ausnahmen zugelassen und im Nachhinein wird das ange-gehoben, was im Vorderhause angeordnet wird. Wenn diese Leute schließlich verzweifelt auf die Straße gehen und mancher gar ins Juchhaus kommen, so sind es wahrlich nicht Heber und Schürer, die sie hineingetrieben haben, sondern die Nachlässigkeit des Gesetz-gebers. Statt in England auf „Ordnung“ zu sehen, sollte man sie erst bei uns machen! Uebrigens machen sich die Diebe und Räuber auch nur die Konjunktur zunutze, sie sagen sich: Wenn alles raubt und nicht! — ...

Wie lange, Herr Koetger, soll denn der Krieg noch dauern, bis Ihr deutscher Gewaltfrieden erreicht ist, wie viele Hunderttausende sollen dafür noch fallen, wie viele Milliarden Kriegskosten noch erwachsen? Freilich, in Ihren Streifen, Herr Koetger, mögen noch recht viele R. R. sein. Sie sprechen von Ausfuhr? Sollen uns die-jenigen unsere Waren abkaufen, die wir erst mit einem deutschen Gewaltfrieden auf den Kopf hauen, wie wir es Rußland getan haben!

Gewerkschaftsbewegung

2. Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Nürnberg, 11. März.

Die Delegierten zum 2. Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes versammelten sich heute vormittag 10 Uhr im feinsten geschmückten Saale des Nürnberger Lehrerbundes. Im Namen des Zweigvereins Nürnberg begrüßt Merkel die Delegierten aus Berlin, Hauptvorsitzender Paepelow heißt sie im Namen des Deutschen Bauarbeiterverbandes willkommen und teilt mit, daß als Gäste anwesend sind Reichsrat Wagner und Landgerichtsrat Beerdegen als Vertreter der Stadtverwaltung Nürnbergs, ferner von anderen Verbänden Schröder (Zimmerer), Thomas (Tischler), Knoll (Steinsetzer). Angemeldet, aber noch nicht erschienen sind Vertreter des niederländischen, dänischen und österreichischen Bruderverbandes, während die Vorstände des schweizerischen und des ungarischen Bauarbeiterverbandes mitgeteilt haben, daß sie wegen der Schwierigkeiten wahrscheinlich nicht kommen können.

Reichsrat Wagner-Nürnberg übermittelte dem Verbandstag die Grüße der Stadt Nürnberg, die die Beratungen als besonders bedeutungsvoll und wichtig betrachtet und ihnen den besten Erfolg wünscht.

Es folgt dann die Konstituierung des Verbandstages. Ueber einen Protest des Zweigvereins Pirna gegen die Abhaltung des Verbandstages vor Abschluß des Krieges wird zur Tagesordnung übergegangen. Die bisher bei den Verbandstagen beachtete Geschäftsordnung wird unter Abweisung einiger Anträge von Paul Hoffmann-Berlin von neuem genehmigt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt ist:

Berichtstattung des Vorstandes.

Paepelow gibt in längerem Vortrage Erläuterungen zu dem gedruckt vorkommenden Bericht und legt zunächst die Gründe dar, die den Vorstand bewogen haben, den Verbandstag vier Jahre nicht zusammenzubringen. Eingehend verweist er bei den vom Vorstand nach Ausbruch des Krieges getroffenen Maßnahmen, die nicht das Ergebnis abgeschlossener Erwägungen waren, sondern der Ausübung einer Zwangslage, die in keinem Falle eine Wahl zuließ. Im Anschluß an eine von der Generalversammlung sogleich nach Kriegsausbruch einberufene Vorstandskonferenz ordnete der Verbandsvorstand die sofortige Aufhebung aller Streiks und Sperren und den vorläufigen Verzicht auf die Einleitung neuer Lohnbewegungen an. Ferner wurde die zeitweilige Ankerkräftigung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. An ihre Stelle trat die Notstandsunterstützung. Es wurde auch versucht, zur Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zu errichten, an der wir jedoch wenig Freude erlebt haben. Es wurde auch sehr viel mit anderen Gewerkschaften und mit der Generalkommission zusammengearbeitet, um Kruppen, die schon vor dem Kriege in Ruß waren, weiter zu beeinflussen und zu einem Abbruch zu bringen. In einer laufenden Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer konnte man sich nicht entschließen, dafür wurden zu dem Zweck bestimmte Summen ausgesetzt. Dagegen wird die gesamte Kriegsdienstzeit auf die Mitarbeit und Beitragszeit voll angerechnet. Damit steht der Bauarbeiterverband unter allen übrigen Verbänden allein da. Den einberufenen Angehörigen des Verbandes wurde die Hälfte des Gehalts gewährt; man war der Ansicht, daß sie nicht als Mitglieder, sondern wie Angestellte eines Betriebes zu behandeln seien. Der nicht zum Heeresdienst einberufenen Angehörigen mußte ebenfalls gedacht werden durch Gewährung von Teuerungszulagen.

Rechner widmet der Gewerkschaftspolitik eine kurze Besprechung und erklärt, daß er für die Politik der Generalkommission, die Politik, die allgemein als Politik des 4. August bezeichnet wird, einstehe und sie überall vertreten. Er habe stets in diesem Sinne mitgewirkt und zu den Beschlüssen der Generalkommission gestanden und hoffe, daß der Verbandstag ihm hierzu seine Zustimmung geben wird.

Zu dem viel angeführten Hilfsdienstgesetz bemerkt er, daß man nur zu wählen hatte zwischen einer Militarisierung aller wichtigen Berufsarten und dem Arbeitszwang mit gewissen Beschränkungen der Freizügigkeit. Es empfahl sich daher, an dem Gesetz mitzuwirken und zu versuchen, ihm die schlimmsten Fehlangeln zu nehmen, was zum Teil auch gelungen sei.

Der Verband hat sich weiter überall betätigt, wo es sich darum handelt, vorbereitende Maßnahmen für den Uebergang in die Friedenswirtschaft zu treffen. In einer besonderen Eingabe des Verbandes an das Reichswirtschaftsamt werden die besonderen Verhältnisse des Bauwesens geschildert und gefordert, Vorkehrungen zu treffen, daß zu der schon vorhandenen großen Wohnungsnot nicht auch noch eine große Arbeitslosigkeit komme. Weiter war der Vorstand beteiligt an verschiedenen internationalen Verständigungsversuchen. Außerdem wurde auch ein sehr guter Weg beschritten, indem versucht wurde, mit den Polieren des Bauwesens in ein engeres Verhältnis zu kommen und Vereinbarungen für einen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Polierbund zu treffen.

Im Vorstandsbericht legte Winnig weiter dar, daß es gar nicht möglich gewesen sei, am 4. August eine andere Politik einzuschlagen. Die Verbandsinstanzen hatten auch jetzt nur eine Realpolitik für möglich. Gewiß möge der eine oder der andere in der ersten Kriegszeit etwas überschüssig geredet haben, vielleicht auch bei den Gewerkschaften. Aber darauf komme es nicht an; entscheidend

sei die Tat, und in dieser Beziehung habe die Generalkommission durchweg das Richtige getroffen. Bei einer anderen Politik wäre es wahrscheinlich gar nicht möglich, die gewerkschaftlichen Tagungen abzuhalten. Mit revolutionären Redensarten und Resolutionen sei nichts getan. Die Arbeiterchaft sei nicht imstande gewesen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Dazu wäre eine internationale Revolution gleichzeitig in allen Ländern erforderlich gewesen. Der Krieg habe viele Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mit sich gebracht, darunter auch das Hilfsdienstgesetz. Aber bei allen seinen Mängeln sei es doch der Militarisierung der Betriebe vorzuziehen, und seine grundsätzlichen Fortschritte würden auch nach Kriegsende aufrechterhalten bleiben, dafür werde die Arbeiterklasse kämpfen.

Die anschließende Besprechung des Vorstandsberichts drehte sich ausschließlich um die Politik des 4. August. Mit wenigen Ausnahmen billigten die Redner vollständig die Haltung des Vorstandes und der Redaktion des „Grundstein“. Die Opposition vertraten u. a. Gauleiter Jakob-Leipzig, Reichstagsabgeordneter Hüttmann und einige Berliner Unabhängige. Ein Berliner Antrag forderte ein Tadelsschreiben gegen den Vorstandsvorstand und die Redaktion des „Grundstein“, weil sie den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten. Auch der Generalkommission, mit der der Verbandsvorstand konform gehe, solle schärfste Mißbilligung ausgesprochen werden. Die Arbeiterklasse könne sich von wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung nicht durch die erschließende Gunst der Regierung und der bürgerlichen Parteien befreien, sondern nur einzig und allein durch die eigene Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes. Nicht der Wille des Vorstandes und der Instanzen, sondern der Wille der Mitglieder müsse oberstes Gesetz sein. Der Verbandstag solle mit der Politik des 4. August brechen — die Berliner Delegierten seien verpflichtet, in diesem Sinne zu wirken.

Die Rede, in der Landtagsabgeordneter Paul Hoffmann diesen Standpunkt entwickelte, rief wiederholt Gelächter hervor. Starker Eindruck machte die Erklärung von Frölich-Köln, daß er nicht wenig von der Kritik der Opposition unterzähle, aber doch nicht mit ihr gehen könne, weil ihre Taktik auf die bewährte Zerziehung der Arbeiterbewegung hinauslaufe. Auch eine halbseitige Rede von Winnig, die den Unterschied in der Stellungnahme der Regierung und der herrschenden Kreise zu den Gewerkschaften vor und während des Krieges darstellte und das Interesse der deutschen Arbeiterklasse an der unterbreiten Erhaltung des Reiches nachwies, wurde stark beachtet. — Die Debatte soll noch heute zu Ende geführt werden. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß die übergroße Mehrheit des Verbandstages den Standpunkt des Vorstandes und der Redaktion des „Grundstein“ billigen wird.

Parteinachrichten.

Die Krise im Polenklub.

Der Interparlamentarische Polenklub hat sich trotz seiner Enttäuschung über Ehmke dazu bereifunden lassen, durch Stimmensabgabe die Annahme des viermonatigen Budgetprovisoriums zu sichern. Die polnischen Sozialdemokraten sind aus dem Klub überhaupt ausgestiegen; sie begründen das mit folgender Erklärung:

Mit seinem Beschluß vom 7. März d. J. hat der Polenklub seine Mitgliedschaft zur Zustimmung bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium und die Kriegskredite verpflichtet. Dieser Beschluß des Polenklubs verleiht der Regierung das provisorische Budget und die Kriegskredite. Im Sinne ausschließlich der Interessen des polnischen Volkes vorgehend, beschloß der Klub der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten, aus dem Polenklub auszutreten und gegen das Budgetprovisorium und die Kriegskredite zu stimmen.

Dr. Bobrowski, Schriftführer, Daschnski, Obmann. Es sind also die Abgeordneten Bobrowski, Daschnski, Diamant, Klementewicz, Liebermann, Marek, Moraczewski, Regier aus dem Polenklub ausgeschieden. Die Nationaldemokraten, die Anhänger Glominski, hoben dem Klub vorläufig mitgeteilt, ihre Mitwirkung an den Beratungen des Klubs bis zur Entscheidung ihres Parteivorstandes darüber auszuüben, ob die Gruppe dem Polenklub weiter angehören soll. Dazu kommen noch die zwei Bauernabgeordneten, die sich schon in offener Klubführung getrennt haben.

Für Friede und Freiheit.

laute das Thema, über das der Reichstagsabg. Genosse Hermann Müller am Mittwoch und Donnerstag in zwei stark besuchten Versammlungen in Mainz und Weiskau unter lebhaftem Beifall sprach. In beiden Versammlungen war freie Aussprache zugelassen. Trotz mehrfacher Aufforderung meldeten sich Gegner jedoch nicht zum Wort.

Industrie und Handel.

Der Kampf um die Vermögensabgabe.

Im Reichstage hat sich Graf Posadowsky mit Leidenschaft gegen die Tilgung eines größeren Betrages der Reichsschuld durch Erhebung einer Vermögensabgabe ausgesprochen. Freiherr von Joditz und Neutirch sekundiert ihm eifrig im „Tag“ und verweist darauf, daß die Staatshaushaltskommission des Preuß. Abgeordnetenhauses die Uebernahme eines Teils der Kriegsschulden durch die Bundesstaaten ins Auge gefaßt habe, um jeden Eingriff des Reichs in die Einkommen- und Vermögenssteuern und besonders auch in deren Quellen zu verhindern. Ein Eingriff in die Quellen

der Einkommens- und Vermögenssteuer wäre natürlich eine einmalige hohe Abgabe vom Vermögen.

Das beliebte Argument der Posadowsky und Genossen ist, daß die werbende Kraft des deutschen Nationalvermögens in der Zeit nach dem Kriege nicht geschwächt werden darf. Diese Sorge ist gewiß nicht von der Hand zu weisen. Aber es fragt sich, ob nicht gerade ein einmaliger tiefer Schnitt in die Volkswirtschaft eine raschere Gesundung herbeiführt, als ein jahrzehntelanges Herumdoktern. Vergessen wir nicht, daß die Erhebung einer hohen Vermögensabgabe mindestens für den tätigen Kapitalisten, wenn auch vielleicht nicht für den Rentner, erhebliche Vorteile in sich schließt!

Es ist allgemein bekannt, daß die Kriegsanleihen nicht ausgereicht haben, um die hohen, schweren Schulden des Reiches, der Staaten und der Gemeinden zu konsolidieren. Wenn nach dem Kriege noch ein oder zwei große Anleihen aufgenommen werden, so bleibt doch ein erheblicher Rest von schwebenden Schulden sicherlich zurück. Die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen, welche nicht in langfristige Anleihen umgewandelt sind, werden in dem Maße, als die Banken für die Befriedigung des privaten Geldbedarfs in Anspruch genommen werden, zur Reichsbank fluten. Auch darf nicht übersehen werden, daß die öffentlichen Körperschaften noch während der Uebergangszeit schwere Schulden aufnehmen werden, die ebenfalls die Reichsbank belasten werden. Unter diesen Umständen wird es schwer sein, billigen Kredit in reichlichem Ausmaße zu gewinnen. Billiger Kredit in reichlichem Ausmaße ist aber die Voraussetzung einer blühenden Volkswirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Industriellen und Kaufmanns auf dem Weltmarkt. Wird nun ein sehr erheblicher Teil dieser schwebenden Schulden durch eine einmalige Vermögensabgabe getilgt, so werden die Vermögen aller tätigen Kapitalisten gewissermaßen höher verwertbar, weil sie die Grundlage zu einem billigeren und reichlicheren Kredit abgeben. Was also der Kapitalist durch die Vermögensabgabe auf der einen Seite verliert, das gewinnt er auf der anderen Seite.

Der produktive Kapitalist gewinnt aber nicht nur auf dem inneren, sondern auch auf dem äußeren Geldmarkt durch eine Vermögensabgabe. Je energischer und rücksichtsloser die Finanzreform durchgeführt wird, desto rascher wird das Ausland zu den deutschen Finanzen wieder volles Vertrauen schöpfen. Der Kurs der Reichsmark wird sich heben und vor allem, er wird sich stabilisieren und dadurch den allzu spekulativen Charakter des Export- und Importgeschäftes mildern. Dadurch wird die Kalkulation auf eine sichere Grundlage gestellt, der Kaufmann wird von dem Risiko der Valutawankungen entlastet.

So bedeutet die Erhebung einer hohen Vermögensabgabe keineswegs eine Schwächung, sondern viel eher eine Stärkung der deutschen Volkswirtschaft.

Die Börse und der Daimler-Standal.

Die Börse nimmt das Vorgehen gegen die Daimler-Werke nicht recht ernst und hat sich bereits dem ersten Schreck gut erholt. Insbesondere Daimler-Aktien selbst sind gestern kräftig in die Höhe geschoben worden, wenn sie auch noch ein halbes hundert Prozent niedriger als Mitte Februar sind. Auch Stahl, L. Loewe, D. Woffen, Hirsch Kupfer und wie sie alle, alle heißen — wer zählt die Sterne, nennt die Namen? — sind einigermaßen ins Gleichgewicht gekommen.

Ukraine-Zufuhren. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin vom 11. März: Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreideexporte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist nunmehr dahin festgesetzt, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichviel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abkommens Oesterreich-Ungarn doppelt soviel beziehen wie Deutschland, während danach bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also dann Deutschland die doppelte Menge erhält.

Gerichtszeitung.

Revision im Breslauer „Kupfer-Prozess“. Frau Gohla und ihr Gemahl haben gegen das Urteil der dritten Strafkammer in Breslau Revision eingelegt. Die Angelegenheit wird also nunmehr das Reichsgericht beschäftigen.

Humanitäre Gemeinde Berlin (G. B.). Am Sonntag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberschule, Niederaußstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzig über: „Kriegswucher“ statt. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise neblig, im Westen sonst trocken und plebsch heiter. Mäßig der Ober vorwiegend wolke, mit geringen Niederschlägen. Am Tage mild, in der Nacht zu Donnerstag stellenweise leichter Frost.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Krefeld; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Bornhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Leipziger Straße
II. u. III. Stock

A. WERTHEIM

Königstraße
Oranienstraße

MÖBEL-ABTEILUNG

Ständige Ausstellung vollständiger Wohnräume

Wohnzimmer, Speise-, Herren-, Schlafzimmer

in großer Auswahl, verschiedenen Holzarten

Reichhaltiges Lager in
Ergänzungsmöbel und Kleinmöbel.
Büfets, Kredenzen, Ausziehtische, Bücherschränke,
Schreibtische, Herrenzimmer- u. Spieltische,
Sessel u. Stühle mit Gobelinpolster,

Aktenständer, Rauchtische,
Lampentische, Arbeitstische, Satztische,
Weiß lackierte Schlafzimmer- und Frisiertoiletten,
Polstergarnituren, Sofas, Sessel.
Eigene Tapeziererwerkstatt für Polstermöbel u. Dekorationen.

Leipziger Str.: Besondere Abteilung für **MODERNE WOHNRÄUME** nach Künstlerentwürfen.